

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf. (schliefen festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Genossen und Genossinnen!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit, naht. Noch imposanter als früher muß das Proletariat seine Maiseier in diesem Jahre gestalten.

Das Proletariat hat zum Schutze für Leib und Leben der Arbeiter seit vielen Jahren wirksameren Arbeiterschutz, vor allem den Achtstundentag verlangt. Die Antwort war Hohn und Spott. Statt verbessertem Arbeiterschutz gab es neue Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände.

Die Arbeiterschaft forderte gegenüber dem behördlichen und Unternehmerterrorismus Sicherstellung des Koalitionsrechts. Man drohte dagegen mit weiterer Einschränkung, ja geradezu mit Vernichtung des Koalitionsrechts.

Die Arbeiterschaft forderte mehr Fürsorge für die Kranken, Invaliden und Veteranen, und ausreichende Hilfe für Witwen, Waisen und Säuglinge. Die Antwort lautete: Das Reich hat kein Geld, denn es braucht seine Mittel für mehr Soldaten und Mordwaffen. So werden die Kulturaufgaben vernachlässigt.

Schier ungeheuerliche Summen müssen für Zwecke der Kriegsvorbereitungen aufgebracht werden. Seit Jahren jagt eine Rüstungsvorlage die andere. Bald handelt es sich um Heeres-, bald um Marinevorlagen. Und dem Beispiele Deutschlands folgen die übrigen Großstaaten Europas.

Die Lasten, die in diesem Jahre dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollen, sind unerträglich. Nicht weniger als weitere 136 000 Soldaten werden gefordert. Frankreich, das nicht in der Lage ist, sein Heer in der gleichen Weise zu vergrößern, will aus Anlaß des deutschen Vorgehens einen Ausgleich dadurch herbeiführen, daß es wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt. Hüben und drüben also gesteigerte Vorbereitungen zum Kriege.

Unsere Maiseier fällt in die Zeit des preussischen Landtagswahlkampfes und sie soll benutzt werden, um Sturm zu laufen gegen die Feste der preussischen Reaktion.

Entschlossener und rücksichtsloser als jemals muß deshalb der 1. Mai in diesem Jahre zu einer wuchtigen Demonstration des Proletariats werden.

Genossen und Genossinnen! Bereitet die Mai-Demonstrationen vor! Sorgt dafür, daß die diesjährige Maiseier alle früheren Veranstaltungen bei weitem übersteift.

Eindringlicher denn je zuvor muß es den herrschenden Gewalten in die Ohren gellen:

Wir fordern volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung!

Wir fordern den Achtstundentag!

Wir fordern besseren Arbeiterschutz!

Wir fordern gesichertes Koalitionsrecht!

Wir erheben Protest gegen das Wettrüsten!

Nieder mit der neuen Heeresvorlage!

Hoch die Sozialdemokratie!

Hoch der Völkerfrieden!

Berlin, den 21. April 1913.

**Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Folgen des Krupp-Krachs.

Die Treibereien gegen den Kriegsminister. — Alles für die Firma!

Der arme Kriegsminister scheint sich durch sein Verhalten in der Krupp-Affäre recht unfaßlich zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben. Im Reichstag hat es bei allen Parteien Unwillen und Erstaunen hervorgerufen, daß der Herr Minister, in dem Moment, wo er alles Wesentliche der Liebknechtschen Enthüllungen zugeben mußte, den Patriotismus der Firma zu preisen begann. Die Angriffe des „Lok.-Anz.“ betrafen aber, daß Herr v. Heeringen den mächtigen Protektoren der Firma, dessen Beziehungen ja bis in die allerhöchsten Kreise des Hofes und der Armee reichen, noch zu wenig getan hat.

War man im Reichstag geneigt, das merkwürdige Lob der Firma Krupp der notorischen Unbeholfenheit des Ministers zugute zu halten, so zeigt sich jetzt deutlich, daß dies Urteil falsch und für den Kriegsminister noch zu günstig gewesen ist. Vielmehr suchte offenbar Herr v. Heeringen, der den ungeheuren Einfluß der Firma sehr genau kennt, sich von vornherein zu decken. Daß dieses Bestreben vergeblich gewesen ist, kann Herr v. Heeringen aus dem bereits erwähnten Artikel des „Lokal-Anzeiger“ erkennen. Wieder spricht das sonst so regierungsfremde Blatt im Namen der Armee. Und es fordert nicht weniger als den Rücktritt des Kriegsministers. Herr v. Heeringen hätte besser getan, die Vertretung der Heeresvorlage einem Nachfolger zu überlassen, dessen Autorität durch keine Sünden der Vergangenheit geschmälert sei. Und dann heißt es:

Daß der Kriegsminister „auf die Anschuldigungen des Abg. Liebknecht gegen die Firma Krupp trotz prinzipieller Verwahrungen doch näher einging, obwohl die Angelegenheit zurzeit bei den Reichstagen anhängig ist, wird kaum noch mit irgendwelchen Nebenabreden zu entschuldigen sein. Er scheint nicht bemerkt zu haben, daß es der Sozialdemokratie nur darauf ankomme, durch stundenlanges Debattieren über Dinge, von denen einstweilen nichts Zuverlässiges bekannt ist, eine starke Suggestion auf die öffentliche Meinung und auf die Gerichte auszuüben, die mit der Prüfung der Angelegenheit befaßt sind. Sehr merkwürdig berührt es auch zu hören, daß der Kriegsminister mit Herrn Liebknecht, diesem engagiertesten Feinde des preussischen Heeres, einen förmlichen Pakt einging, um ihn dazu zu bestimmen, sein Material gegen Krupp der Öffentlichkeit einzuweihen vorzunehmen. Wie mühten uns über die Stimmungen in Armeekreisen sehr täuschen, wenn diese seltsame, aber wohl verbürgte Kunde aus dem Reichstage nicht allenthalben mit ungläubigem Staunen aufgenommen werden sollte.“

Soweit die Hintermänner des „Lok.-Anz.“ Die Bedeutung dieser Angriffe wird noch durch eine Erklärung an der Spitze der „Nordd. Allg. Zeitung“ unterstrichen, die da lautet:

„Berliner Montagsblätter beschäftigen sich mit einem Artikel des Berliner Lokal-Anzeigers“, der in der Tat dadurch auffällt, daß er im Zusammenhang mit den Reichstagsverhandlungen über die Krupp'sche Angelegenheit völlig deplacierte Angriffe auf den Kriegsminister v. Heeringen richtet. Auf den halslosen Vorwurf, daß dieser mit dem Abgeordneten Liebknecht einen Pakt eingegangen sei, scheint sich eine Antwort zu erübrigen.“

Die letzte Bemerkung ist schon deshalb richtig, weil der Abg. Liebknecht natürlich weder Grund noch Neigung hatte, mit Herrn v. Heeringen einen Pakt abzuschließen. Im übrigen finden wir die Erklärung recht schlicht. Aber freilich, die Regierung weiß genau, welche mächtige Kreise sich hier im Interesse der Firma Krupp und im eigenen an die Arbeit der Ministerstürzerei gemacht haben. Hat sie doch die Macht dieser Kreise zu fühlen bekommen, als sie gegen die eigene bessere Ueberzeugung zur Einbringung der Heeresvorlage gezwungen wurde.

In Wirklichkeit hat der Krupp-Skandal in diesem Ministersturzversuche einen neuen geboren. Zeigt sich doch auch darin die politische Diktatur, die sich gewisse hohe Kreise der Armee anzumessen wagen. Daß dem so ist, muß selbst ein so reaktionäres Blatt wie die „Germania“ bestätigen. Das führende Zentrumsorgan schreibt:

„Die Stimmungen in Armeekreisen“... darin liegt das charakteristische Merkmal dieser ganzen Kundgebungen gegen den Kriegsminister v. Heeringen. Im Berliner Lokal-Anzeiger“ befand sich auch der Artikel „Die Vorbereitungen der Armee“ vor Bekanntwerden der Militärvorlage, worin der Kriegsminister offenbar von militärischer Seite angegriffen wurde, und als der Kriegsminister sich dagegen wehrte, hieß es auch, dieser Artikel sei „aus der Volksseele heraus“ geschrieben worden. Aber mit derartigen Versuchen, den Verdacht der Urheberhaftung von den wirklichen militärischen Arbeitern abzuwenden, wird man kein Glück haben. Wer die „Stimmungen in Armeekreisen“ richtig zu beurteilen glaubt, wird diese Stimmungen auch kennen, und er kann sie nur kennen, wenn er selbst den Armeekreisen angehört.

So sieht man sich jetzt vor die Tatsache gestellt, die in der preussischen Armee mit ihrer vielgerühmten Disziplin bisher fast als unmöglich gehalten worden ist, daß Armeekreise eine Ministerstürzerei gegen den Kriegsminister betreiben. Die Tatsache ist zwar nicht mehr ganz neu, und der Kriegsminister ist es auch nicht allein, gegen den sich derartige militärisch-politische Quertreibereien richten. Sieh es doch in der „Täglichen Rundschau“, die diesen Quertreibereien schon längst ihre Spalten geöffnet hat, vor einigen Monaten, als man im Kriegsministerium die Vorbereitungen für die neue Heeresvorlage bereits in Angriff genommen hatte: „Das Kriegsministerium schläft.“ Derartige aus Armeekreisen stammende Kundgebungen gegen den Kriegsminister und gegen das gesamte Kriegsministerium sind höchst unerfreuliche Erscheinungen der neueren Zeit, auch wenn sie nicht so lebhaft an das politisch-militärische Jungtürkentum erinnern würden, dessen „Erfolge“ wahrlich nicht zu einer Nachahmung im Deutschen Reich anzuregen können. . . .

Glaubt man etwa besonders dadurch, daß der Fall Krupp — und die freundschaftlichen Beziehungen des Kaisers zur Familie Krupp sind ja bekannt —

so scharf und eingehend hervorgehoben wird, in deutsch-jungtürkischen Kreisen die Hebung der „seidenen Schnur“ beschleunigen zu können?

Es wird abzuwarten sein, welchen Erfolg diese Bestrebungen, den Kriegsminister v. Heeringen und mit ihm vielleicht auch noch einige andere hohe Offiziere aus dem Kriegsministerium zu stürzen, haben werden. Wir wollen in dieser Beziehung nicht prophezeien. Aber das glauben wir gegenüber den „Stimmungen in Armeekreisen“, wie sie der Berliner Lokal-Anzeiger“ bekundet, als eine Stimmung aus politischen Kreisen bezeichnen zu dürfen, daß mit derartigen politischen Kundgebungen aus militärischen Kreisen der Armee selbst und insbesondere dem Zukunftskommando der Heeresvorlage ein schlechter Dienst erwiesen wird.“

In der Tat, wir sind in Deutschland zu Zuständen gekommen, wie sie etwa zur Zeit der Affäre Dreynus in Frankreich bestanden haben. Der Einfluß hoher Armeekreise auf die Regierung und die „entscheidende Stelle“ ist ein ganz außerordentlicher geworden, und dieser Einfluß wirkt zusammen und parallel mit dem des Rüstungskapitals. Beide Einflüsse vereinen sich jetzt, um im Fall Krupp zu retten, was zu retten ist. Die Rüstungskapitalistische Presse hat den Auftrag erhalten, Liebknecht und die Sozialdemokratie zu verleunden und zu beschimpfen, und die Regierung soll gezwungen werden, so viel wie irgend möglich zu vertuschen. Krupp ist mächtig und weit und hoch hinauf reicht der Einfluß der Firma. Und alles für die Firma — das ist gegenwärtig die nationale Parole!

Und doch wird alles vergeblich sein. Die Anstrengungen der Patriotarden beweisen aufs beste, daß an der Wahrheit der Enthüllungen Liebknechts nicht im geringsten zu zweifeln ist. Das weiß das deutsche Volk, und diese Ueberzeugung kann nicht mehr erschüttert werden, ob die Vertuschungsversuche nun gelingen oder ob die Regierung den Mut aufbringt, die Wahrheit rücksichtslos an den Tag zu bringen.

Das frivole Spiel.

Aus Frankfurt a. M. meldet uns ein Privattelegramm: Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt zu den Enthüllungen unseres Genossen Liebknecht im Reichstage in einem Leitartikel Stellung. Sie schreibt u. a.: „Um ein Dokument von ebenso großer kulturhistorischer, wie staatshistorischer Bedeutung sind wir damit bereichert worden. Freilich um eines, zu dessen Kennzeichnung kein Wort der Entrüstung so scharf sein kann. Der Reichstag hat ja mit einer Einmütigkeit, die von der Vertuschungstaktik der reaktionären Presse wohlwollend abstrahiert, und die sittlich das einzige Reine in dieser ganzen Affäre ist, sein Urteil über die von dem Abg. Liebknecht aufgedeckten Praktiken in der Rüstungsindustrie gefällt. Er hat insbesondere der Firma Krupp jetzt wohl Mitleid gemacht, was wir bereits am Samstag an dieser Stelle geschrieben haben, daß nämlich alle Erklärungen und Versicherungen der Firma jetzt gar nichts mehr nützen, daß vielmehr jetzt der Tatbestand schonungslos aufgedeckt werden muß, und daß nur aus einer solchen schonungslosen Untersuchung Klarheit über Schuld oder Nichtschuld der Firma gewonnen werden kann.“

Aber der Reichstag hat sein Interesse, wie uns scheint, allzusehr auf den Fall Krupp konzentriert. Das Gebaren der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ist dadurch in seinen Debatten allzusehr in den Hintergrund getreten, und doch ist es nötig, dieses Gebaren in das hellste Licht der Öffentlichkeit zu rufen. Denn dieser Fall ist, wenn möglich, noch standalöser und gefährlicher als der andere. Das schallende Gelächter des Reichstags sei die einschlägige Antwort auf die Erklärung des Kriegsministers für den Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken gewesen.“

Nach einer Schilderung des Vorgehens der Geschäftsinteressenten und der Schupprelle haben und drüben fährt das Blatt fort:

Man kennt diese Methode. Aber zum ersten Male ist mit dem Briefe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken jetzt wohl ein Fall dokumentarisch erwiesen, in dem tatsächlich das ganz gewöhnliche Geschäftsinteresse der Rüstungsindustrie den Anstoß zu solchen Rüstungsdebatten geben sollte oder gegeben hat. Zum ersten Male stehen die Zusammenhänge, die man bisher nur kombinierte, unumstößlich fest, ist es für aller Augen klar erkennbar, daß tatsächlich mit dem Glück, dem Frieden und dem Wohlstand der Völker ein triviales Spiel geübt worden ist, bloß damit einige industrielle Unternahmen vermehrte Bestellungen erhalten. Verschämenderes für unsere großkapitalistische Kultur, wie für das gegenwärtige politische Verhältnis der europäischen Völker konnte wohl nicht festgestellt werden. Aber damit kann der Fall unmöglich erledigt sein. Schon die Verwaltung der Gesellschaft müßte jetzt auf absolute restlose Klarstellung drängen. Im Ausschichtsrat der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sitzen die Vertreter aller deutscher Banken, so der Diskontogesellschaft, der Dresdener Bank u. a.; auch der Fürst Guido von Donnersmarck und der Vizeadmiral zur Disposition Hans Graf sitzen darin. Unendlich wichtig ist es jetzt, daß das deutsche Volk unbedingt Aufklärung haben muß. Wir wollen wissen, ob noch andere Briefe gleichen Charakters in den Geheimarchiven der Rüstungsunternehmungen verborgen sind! Wir wollen wissen, welche Fäden von diesen Unternehmungen zu den Hebern der Rüstungswahnsinnis diesseits und jenseits der Grenze führen! Wir wollen wissen, wie die berühmte 1813-Stimmung dieses Jubeljahres finanziert worden ist! Also eine parlamentarische Untersuchung, das ist das Einzige, was die Luft wieder reinigen kann. Aber natürlich nur eine Untersuchung, die wirklich etwas aufdecken vermag. Darum verlangen wir nach den Beispielen anderer Länder die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit richterlicher Kompetenz, die das Recht hat, die Vorlegung des Beweismaterials zu verlangen, die Zeugen eidlich zu befragen und deren Aussagen, genau wie der Richter, nötigenfalls auch zu erzwingen. Es ist eine von den vielen Rückständigkeit unserer konstitutionellen Lebens, daß wir solche parlamentarischen Untersuchungskommissionen mit richterlicher Kompetenz noch nicht kennen, und daß deshalb die Enquete, die der Reichstag fordert, regelmäßig auslaufen wie das Hornberger Schiefen; weil die Interessenten nur das Nebenmäßige ausfragen und das Wichtigste verschweigen, da sie zur Aussage nicht gezwungen werden können. Das hat sich schon oft gerächt. Der jetzige Fall aber ist so hoch, daß er unbedingt nötig, auch auf diesem Gebiete mit dem alten Mißbrauch zu brechen und zur Aufdeckung diejenigen Methoden anzuwenden, die in fortgeschrittenen Ländern selbstverständlich wären und die allein zum Ziele führen können."

Auch wir haben sofort die Einsetzung einer solchen parlamentarischen Untersuchungskommission gefordert, und es wird mitgeteilt, daß auch das Zentrum eine entsprechende Resolution im Reichstag eingebracht hat.

Das internationale Rüstungskapital am Pranger.

London, 21. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Enthüllungen Liebknechts haben in England gewaltiges Aufsehen erregt. Nur wenige Blätter haben die Angelegenheit bis jetzt kommentiert, doch befindet sich heute ein bemerkenswerter Leitartikel im „Daily Chronicle“. Das Blatt schreibt: Die tönende Ironie in der Aufführung dieser Firmen, die von der Ausbeutung des Patriotismus leben, besteht darin, daß sie selbst von Patriotismus frei sind. „Chronicle“ warnt aber davor, zu glauben, daß diese Einflüsse sich nur in Deutschland geltend machen. „Hier gibt es in England zum Beispiel die Herren Bickers und Magin, die in Italien für die italienische Regierung Dreadnoughts bauen. In der Arktikmeer unserer Flottenflüge werden diese Schiffe als solche gezählt, gegen die unsere Regierung bauen muß, und so sichert denn eine patriotische Forderung neue Dreadnoughts, die für die Herren Bickers und Magin oder ihre Kollegen vom Schiffbauartell neue Bestellungen bedeuten.“ Es wird dann auf die Ähnlichkeit hingewiesen, die zwischen der Agitation der deutschen Panzerplattenpatrioten und den englischen Jingos vor dem Burenkrieg besteht. Auch damals habe man die englische Presse systematisch bearbeitet, falsche Nachrichten aus anderen Hauptstädten zu verbreiten gesucht und erfolgreich eine starke nationale Stimmung auf die Wahlen der Kriegsheer geleitet. Der Artikel schließt mit den Worten: „Die gegenseitigen Beziehungen zwischen der britischen Admiralität und den größten Kriegsschiffbauern sind nicht weniger intim (als die zwischen Krupp und deutscher Regierung), hoffen wir, daß sie nicht dieselben schlimmen Merkmale aufweisen, aber erkennen wir an, daß sie diese fast notwendigerweise aufweisen müssen, wenn nicht unablässig acht gegeben wird.“

Der „Figaro“, das Pariser Blatt, das in dem Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken genannt worden ist, stellt die Frage, wann ein Artikel der in dem Schreiben bezeichneten Art in seinen Spalten erschienen sei. Diese Frage ist für uns recht nebensächlich. Uns interessiert nicht, ob der Versuch beim „Figaro“ oder einem anderen Blatt damals gelungen ist, sondern daß er von der deutschen Rüstungsfirma unternommen worden ist.

Der Generalstreik in Belgien.

Die zweite Streikwoche.

Brüssel, 21. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Beginn der zweiten Woche zeigt eine weitere Ausdehnung der Arbeitsruhe. In Antwerpen streiken jetzt auch die Diamantarbeiter. In Centre, Verbiers, Dütsch, Gent, Charleroi, Alost und Brüssel ist der Zuwachs besonders in der Schneiderei, im Baugewerbe, im Metall- und im Buchgewerbe zu verzeichnen. Brüssel hat jetzt über 30 000 Streikende, davon 8000 Metallarbeiter. Auch die Laternenanzünder haben für morgen angekündigt. In den sonstigen Bezirken ist die Situation des Streiks unverändert.

Die heutige Demonstration in Seraing verlief großartig und ruhig. Das Polizeipräsidium von Gent meldet, es habe nie so wenig Uebertretungen zu verzeichnen gehabt, wie in voriger Woche. Die Brüsseler Theater nahmen in voriger Woche 50 Proz. weniger ein als sonst. Der Güterwagenverkehr vom Kohlenzentrum nach La Louviere hatte normalerweise 2600 Wagen täglich; dieser Verkehr ist auf 50 Wagen täglich zurückgegangen.

Die Beerdigung des radikalen Abgeordneten und Vorkämpfers der Wahlrechtsfrage, Janson, gestaltete sich heute

Nachmittag in Brüssel zu einer gewaltigen Demonstration. Die Streikenden bildeten Spalier.

Die Situation in Gent.

Gent, 21. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute haben allein in Gent 1000 Arbeiter, hauptsächlich Bauarbeiter, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitsruhe im Hafen ist vollständig. Wenn der Streik fortbauert, mühten auch die wenigen noch arbeitenden Fabriken infolge Kohlenmangel ihren Betrieb einstellen. Auch 200 Ausstellungsarbeiter, größtenteils deutsche, sind in den Streik getreten.

Lachen rechts!

Ein liberaler Landtagsabgeordneter spricht zum Etat des Ministeriums des Innern. Er erklärt, daß er jetzt zur Besprechung der Tätigkeit der Landräte komme. Fröhliche Heiterkeit verbreitet sich sofort über die Bänke der Konservativen und Freikonservativen, als wo der „Chor der Landräte“ über sich selbst zu Gericht sitzt. Der Redner häuft Klagen über Klagen; er schildert, wie die Landratsämter — nicht alle natürlich, aber auch nicht wenige — in Wahlzeiten, aber auch in Friedenszeiten selbst gegen die Liberalen zu konservativen Agitationszentralen werden, wie hier die Fäden der junkerlichen Wählerbeeinflussung zusammenlaufen, wie die amtlichen Kreisblätter in den Dienst der alleinseigmachenden Partei des Großgrundbesitzes gestellt werden, wie man sich bemüht, die Dorfpöligisten aller Grade gegen liberale Versammlungen und gegen Wirte scharfzumachen, die dem gehähten Gegner Versammlungsfälle stellen — — — immer beglücklicher wird die Stimmung auf der Rechten, bis sie sich bei einem kräftigeren Wort des Redners zum lauten Ausdruck steigert: „Lachen rechts!“

Sozialdemokratische Redner haben zumeist noch über viel schlimmere Parteilichkeit der unparteiischen Behörden zu klagen — schon im „aufgeklärten“ Westen von Aachen bis Minden-Lübbecke und Mansfeld werden sie noch ganz anders gewiebelt, wie die Liberalen selbst in Schmallängen und Kraupfischen, wo schon russische Begriffe gelten und Liberal gleichbedeutend ist mit „neblagonadezhnoi“ — unzuverlässig, revolutionär! Und im Osten gar ist aller Willkür beamteter Heydebrandianer und Westarpjinger Tür und Tor geöffnet. Hören die Kollegen an der Prinz-Albrechtstraße die Schilderung, wie der Herr Korps- und Amtsbruder da und dort es versteht, das Reichsvereinsgesetz zu konfusieren, die Unfreiheit des Wahlrechts zum völligen Zwang zu entwickeln, junkerlich zu wählen — da kann sich die jauchende Lust gar nicht mehr halten. „Kerger! Ihr Euch, verfluchte Sozihunde? Recht so!“ — und schallend ertönt das siegesfreundige Lachen rechts!

Es wird über die Zustände in den großen Bergwerksrevieren gesprochen. Wie da in Mansfeld die Herren Verwaltungsbearbeiter und Väter des Kreises und der Gemeinden höchst persönlich, gedeckt von Soldatenpfeffern mit Maschinengewehren und im Stürmen von Arbeitergasthäusern höchst schneidigen und ihr Monatel totschick tragenden Leutnants, die Schnappen zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft preßten, wie man sich im Ruhrrevier auf verbrecherische Weise der Mitgliederlisten des den Zechenherren unbequemem Steigerverbandes bemächtigt und sie umgehend dem Kohlenyndikate zur Protokollmachung der organisierten Steiger ausgeliefert hat, wie in Essen oder Duisburg bei einer Hausdurchsuchung im Transportarbeiterbureau die Mitgliederliste mitgehen geheißen wurde, um etwa darin verzeichnete Eisenbahner auf die Straße werfen zu können — „wohl, wohl ausgedacht, Vater Lamormain“, ist der einzige Gedanke der maßgebenden Volksvertreter und des zum Zeichen: Lachen rechts!

Ein andermal brandmarkt ein Redner das Treiben der Spigel. Gewiß, zur Entdeckung von Mördern und Einbrechern, die sich unter falschem Namen, mit verändertem Aussehen herumtreiben, wird die Ausbietung von Geheimpolizisten nicht zu umgehen sein. Daß dabei gelegentlich mal des Wilderns in herzoglichen Forsten Verdächtige von dem netten Herrn aus Berlin animiert werden, doch mal loszufallen, ist schon etwas bedenklicher. Aber zählt das Volk dazu Steuern, damit zur Aufdeckung der durch kein Gesetz verbotenen und von dem stärksten Volksteil geteilten sozialistischen Gesinnung einzelner Berliner Einwohner Polizeispigel verwendet werden — dazu, daß die Parteiorganisationen der auf dem Boden des gleichen, gemeinen Rechts stehenden Arbeiterpartei mit Spigeln durchsetzt werden? Freilich, die Spigellei hat ja ihren Zweck. Nicht, um die Zahl der Sozialdemokraten festzustellen, das tun schon die Reichstagswahlen und da könnten die Herrschaften lange spigeln — aber um die erfolgreichespigelten wenigstens für ihre Steuerelder aufs Blut schikanieren zu können, wenn sich mal die Gelegenheit dazu gibt und um sie aus Brot und Arbeit hegen zu können, wenn sie etwa in einem jener „Musterbetriebe“ beschäftigt sind, die der Nation gehören, aber der über sie gesetzten Fremdherrschaft ausgeliefert sind. Für solch edlen Zwecke der Spigellei hat man natürlich volles Verständnis bei den Herren von der Kaballerie, und prompt spendet das Lachen rechts den Spigeln Anerkennung.

Und so begleitet alle Proteste der Volksmehrheit das stereotype Lachen rechts. Es wandelt sich nur zum Beifall, zum lebhaften, stürmischen Beifall rechts, wenn einer der Junker oder Minister zum Angriff gegen die Forderungen des Volkes, namentlich gegen die wichtigste und ernsteste, die vom König versprochene Wahlreform, übergeht. Dann mag es sich auch mal ereignen, daß einer der Herren mit slawischem Namen oder ganz ungermanisch-undchristlichem Köpfchen sich auf die Tribüne schwingt, um mit lebhaften Gesten und erregter Stimme das Festhalten des alten Preußens am Deutschtum und Christentum zu fordern. Am Christentum, das zwar kein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, aber sehr wohl die Reichen ins Himmelsreich kommen sieht, am Deutschtum, das die Fremdherrschaft der halbslawischen Vorrußenjunker über die Massen des deutschen Volkes bedeutet. Da schallt zwar auch der Beifall rechts — aber er wird eines Tages rettungslos untergehen, zusammen mit der oligarchischen Junkerherrschaft. Und weit stärker als an dem Tag, da die 110 Sozialdemokraten in den Reichstag einzogen, wird an dem Tag, wo die Junkerherrschaft vertracht, ertönen das befreiende — Lachen im Lande!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. April 1913.

Militärisches Ueberblick.

Aus dem Reichstage. Am Montag arbeitete der Reichstag weiter an der Fertigstellung des Militäretats, wobei in buntem Wechsel die mannigfaltigsten Fragen zur Er-

örterung gelangten. Klagen aller Art, Wünsche drücklicher und allgemeiner Natur, militärische Ereignisse der jüngsten Zeit, alles läßt sich in geeigneter Weise an einen passenden Etatstitel hängen und dann öffentlich zur Sprache bringen.

Es sind besonders die sozialdemokratischen Abgeordneten, die diese günstige Gelegenheit benutzen, um, ungeachtet unserer grundsätzlichen Gegnerlichkeit zum heutigen Militärsystem doch Verbesserungen im Interesse der Arbeiter oder der Soldaten anzugehen. So brachte Genosse Schmidt-Weihen die Verkehrsstörungen zur Sprache, die die vorjährigen Herbstmanöver in Sachsen, besonders für Riesa-Gröba im Gefolge gehabt haben; erst nach fünf Wochen sind die schweren Störungen ganz beseitigt gewesen. Genosse Schmidt nahm sich ferner der in den sächsischen Remontedepots beschäftigten Arbeiter an, die in geradezu menschenunwürdiger Weise bezahlt werden. Man merkte es dem sächsischen Militärbevollmächtigten an, wie schwer ihm die Verteidigung der aufgedeckten Mißstände wurde.

Genosse Hoch brachte noch einmal die Typhus-Erkrankungen in Hanau zur Sprache, wobei er auch den Kriegsminister herauslockte, der mit dem unfreiwilligen Humor seiner ungelenten Dialektik meinte, Kartoffelsalat sei an und für sich ein ganz schönes Essen. Den Deibel auch, wer wollte das bestreiten! Aber Typhusbazillen dürfen in dem Kartoffelsalat nicht enthalten sein, Bazillen sind an und für sich ein weniger schönes Essen!

Zwei Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung erörterte Genosse Roske. Er trat dem Kriegsminister entgegen, der die von der Budgetkommission für kommandierende Generale beschlossene Verminderung der Pferderationen gern rückgängig gemacht haben wollte. Roske verlangte mit Recht, daß in dem „Opferjahr“ 1913 auch die wohlbestallten Generale ein bescheidenes Opfer bringen möchten. Da Zentrum und Sozialdemokraten an dem Beschluß der Budgetkommission festhielten, mußten sich die Herren Generale wohl oder übel mit den verminderten Rationen abfinden. Roske protestierte ferner entschieden gegen die Verwendung von Soldaten bei den altrömischen Schanzarbeiten auf der Saalburg und als Paraderuppen bei Verlobungsfeierlichkeiten im kaiserlichen Hause. Für die Familienangelegenheiten und persönlichen Liebhabereien von Fürsten seien die Soldaten nicht da.

Genosse Büchner eröffnete sodann einen langen Reigen von Rednern, die zum Kapitel der Militärwerkstätten Wünsche vorzubringen haben. Unter Genosse Schöppe aus zuverlässigem und wohl ausgearbeitetem Material, das zahlreiche Mißstände in den staatlichen Werkstätten für Artillerie und Waffentwesen aufdeckte. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die zweite Lesung der Vorlage betreffend Einführung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadt- und Ringbahn fort. Die Abstimmung wird aber erst am Dienstag erfolgen, da die große Mehrheit des Hauses durch Abwesenheit glänzte. Das Resultat ist sehr zweifelhaft, es kann unter Umständen von einer Stimme abhängen. Die Stellungen der Parteien ist folgende: Von den Konservativen und dem Zentrum wird der größere Teil gegen, der kleinere Teil für die Elektrifizierung stimmen, die Freikonservativen sind bis auf wenige Ausnahmen, Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten geschlossen dafür.

Die Debatte war belanglos. Im wesentlichen wiederholte die „zweite Garnitur“, die noch zu Worte kam, die bereits am Sonnabend vorgebrachten Gründe für und gegen. Bemerkenswert ist höchstens die Erklärung des konservativen Abg. Cuschl, daß die Tarifierhöhung von den Arbeitern bei dem allgemeinen Rückgang des Geldwerts nicht empfunden werden würde. Mit diesem „Argument“ kann man freilich jede neue Belastung der Bevölkerung rechtfertigen.

Weiter nahm das Haus den Gesetzentwurf über die Hypotheken in Neu-Vorpommern und Rügen sowie den Gesetzentwurf über die Eingemeindung von Rüdigen nach Lindau bei Hannover unter Ablehnung eines von Leinert befürworteten Antrags auf Vernehmung der Zahl der Bürgerdortseher für Lindau an.

Der Deutzer Landfriedensbruchprozeß.

in dem 23 Jahre Gefängnis verhängt worden sind, und als dessen Hauptopfer unser braver Genosse Georg Fröhlich (Köln) nun schon mehr als zwei Jahre im Kerker schmachtet, wird immer wieder durch den Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, den Agenten Robert Hauptmann in Köln, ins Gedächtnis zurückgerufen. Wie schon früher festgestellt wurde, ist der Kronzeuge Hauptmann ein mehr als zehnmal wegen Betrügereien bestraffter Mensch; dennoch haben die Richter seinen Aussagen Glauben geschenkt, und auch alle späteren Versuche um Herbeiführung des Wiederaufnahmeverfahrens sind gescheitert. Nun aber tritt die eigene Frau des Hauptmann auf und beschuldigt ihn, in dem Deutzer Landfriedensbruchprozeß falsch geschworen zu haben. Schon damals, in dem Prozesse selber, legte Rechtsanwält von Cöllen dar, daß ein Mensch mit nur zwei Augen unmöglich alles das haben sehen können, was der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft gesehen haben sollte; er habe sozusagen zu gleicher Zeit angeblich beobachtet, was sich vorn, hinten und seitlich ereignete, und in einem Augenblick habe er sich, wie er behauptet, eine ganze Anzahl Gesichter gemerkt.

Jetzt ist nun vor dem Schöffengericht in Köln durch Zeugen belundet worden, daß dieser Kronzeuge häufig schon von seiner Frau beschuldigt worden ist, in dem Landfriedensbruchprozeß einen Meineid geschworen zu haben. Ein Ehepaar, das eine Fremdenpension betreibt und bei dem die Eheleute Hauptmann sechs Wochen gemohnt haben, war der Beschuldigung des Hauptmann angeklagt. Der Ehepaar L. hatte gesagt: „Ich lasse Sie jetzt sofort verhaften, weil Sie falsch geschworen haben!“ Ähnlich sollen die Worte der Frau L. gelautet haben, als die Leute mit Hauptmann wegen wiederholten nächtlichen Kobaus in Auseinandersetzungen gerieten. Frau L. erklärte: Frau Hauptmann habe ihr oft geflagt, daß sie mit ihrem Manne viel durchzumachen habe; Hauptmann sei ein schlechter Mann und habe in dem Deutzer Prozeß einen Meineid geschworen; der arme Fröhlich sehe unschuldig im Gefängnis. Die Zeugin Fräulein Münch bekennt, bestimmt gehört zu haben, wie Frau Hauptmann sagte, seit dem Meineid ihres Mannes im Deutzer Landfriedensbruchprozeß hätten sie kein Glück und keinen Segen mehr.

Justizrat Lebot beantragte die Freisprechung der Eheleute L. Durch die Zeugenvernehmung sei bewiesen, daß Frau Hauptmann gesagt hat, ihr Mann habe einen Meineid geleistet. Hauptmann sei in dem Streikfallprozeß der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft gewesen. In diesem Aufsehen erregenden Prozeß habe man schon damals gesagt, S. habe einen Meineid geleistet und sei ein Polizeispigel. Die beiden diesfalls vorbestraften Eheleute Hauptmann hätten sich gegenseitig die gemeinsamen Sachen vorgeworfen. Sie werfe ihm Meineid vor, er rufe ihr in Wirtschaften in Gegenwart der Gäste zu, er habe sie aus dem Bordell geholt. Auf seinen Reisen als Versicherungsagent schleppte Hauptmann seine Frau mit, damit sie ihm als Zeugin diene.

Das Gericht sprach die Frau A. frei, da ihre Behauptung: Frau Hauptmann habe ihren Mann des Meineids bezichtigt, bewiesen sei; der Chemann A. wurde zu 6 M. Geldstrafe verurteilt, weil er direkt gesagt habe, Hauptmann habe einen Meineid geschworen. Das Wiederannahmeverfahren in Sachen Fröblich kann nun nicht länger verweigert werden. Wird man ihn jetzt wenigstens sofort vorläufig auf freien Fuß setzen? Oder muß er die schuldlos erlittene Haft bis zum Ende, August 1913, verbüßen?

Nach den „Wehr-Nummern“ der „Wehr-Kalender“.

Nicht nur die Waffen-, Munitions- und sonstigen Armeelieferanten suchen die aufgepeitschte „vaterländische“ Stimmung zu benutzen, um sich allerlei wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen; auch manche reaktionären Parteiführer halten die Gelegenheit für günstig, unter der verlogenen Devise „Dem Vaterlande, nicht der Partei“ an der patriotischen Opferwilligkeit ihr Parteipöbel zu locken. Dem „Berl. Tagebl.“ ist nämlich folgendes interessante Zirkular auf den Redaktionstisch geflattert:

„Zu treuen Händen!

Vertraulich!

Einschreiben!

Vom Interesse maßgebender Regierungskreise, insbesondere des Herrn Reichsanzlers, begleitet, ist mit Hilfe privater Mittel ein wirklich großes, nationales, an die breite Volksmasse gehendes Aufklärungsmedium geschaffen worden, das vaterländischen Interessen dient und den in dieser Beziehung gemeinsamen Programmpunkten der staatsbehaltenden, königstreuen Parteien mächtig und großzügig Ausdruck verleihen soll. Die mitunterzeichneten Vertreter der

Freikonservativen Partei (Landrat a. D. Otto

b. Dewij, Mitglied des Abgeordnetenhauses),

Konservativen Partei (Oberverwaltungsgerichtsrat

Graf Anno v. Westarp, Mitglied des Reichstages),

Rationalliberalen Partei (Paul Fuhrmann, geschäftsführender Vorsitzender des nationalliberalen Reichsverbandes),

Zentrumspartei (Schriftsteller Matthias Erzberger, Mitglied des Reichstages),

haben unter dem Motto „Dem Vaterlande, nicht der Partei“ die Herausgabe eines in

3 (drei) Millionen

Exemplaren zur Verbreitung gelangenden Buchkalenders unter dem Titel „Deutscher Volksfreund“ beschlossen, der in volkstümlicher, podender Form nationale Fragen behandelt und der dem deutschen Volke ein Wegweiser und Führer in verschiedenen, die Gesamtheit des Vaterlandes betreffenden Fragen sein soll. Redigiert wird der Kalender von dem bekannten Schriftsteller Richard Nordhausen. Die drei Millionen Exemplare werden unter Jubiläumsnamen unserer Organisationen auf Wegen verbreitet, die nur uns zur Verfügung stehen. Das vorzüglich ausgestattete und reich illustrierte, vier Textbogen starke Kalendербuch wird zum Preise von 10 Pfennig abgegeben. Um wenigstens einen Teil der Mehrkosten decken zu können, laden wir eine kleine Zahl angesehenen Firmen zur Insertion ein. Wir bitten Sie im Interesse der großen und wichtigen Sache, Ihre Mitwirkung dabei nicht verweigern und gleichfalls eine Anzeige aufgeben zu wollen. Wird doch bei der gewaltigen Auflage des Kalenders und seiner Verbreitung durch ganz Deutschland diese Mitwirkung auch kaufmännisch von besonderem Erfolge sein.

Berlin, den 18. April 1913.

Der Auszug:

Jedlitz,

b. Zoehell,

Seehandlungspräsident a. D.

Wirklicher Geheimrat,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Oberpräsident a. D.

Vertreter der Parteien:

M. Erzberger, Paul Fuhrmann, b. Dewij, Graf Westarp.

Herr Richard Nordhausen, der Allertagsjournalist, wird also ein „großes nationales“ Aufklärungsmittel schaffen — selbstverständlich gegen hohe Bezahlung. Deshalb heran ihr Arme- und Kartelllieferanten, gebt schöne Anzeigen auf und betappt hohe Insertionsgebühren, damit die Kosten gedeckt werden und noch ansehnliche Extraprofite abfallen. Doch das Vaterland und der Profit!

Wie man sieht weckt das Beispiel der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ Nachahmung — denn das Geschäft bringt etwas ein.

Ein österreichisch-bulgarischer Geheimvertrag.

London, 21. April. Die „Daily Mail“ läßt sich aus Belgrad melden, daß zwischen Österreich und Bulgarien ein geheimes Abkommen bestehe, demzufolge sich beide Staaten gegenseitige Hilfeleistung zu sichern, falls einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit Serbien geraten sollte. Dieses Abkommen sei durch die Inhaberektion eines untergeordneten diplomatischen Beamten bekannt geworden. Diese Bestimmung sei auf Anregung König Ferdinands einem bereits bestehenden Vertrage zwischen Österreich und Bulgarien gelegentlich eines Besuchs des Jaren Ferdinand im vergangenen Sommer in Ungarn hinzugefügt worden. Der erste Vertrag stammt bereits aus dem Jahre 1908, aus der Zeit, als Österreich Bosnien und die Herzegovina annektierte. Bei dieser Gelegenheit war es gewesen, daß Jare Ferdinand von der Sobranje die Ermächtigung forderte, ohne vorherige Zustimmung des Parlaments Staatsverträge abzuschließen.

Abzug der Serben von Skutari.

Wien, 21. April. In San Giovanni di Medua herrscht, der „Neuen Freien Presse“ zufolge, große Bewegung. Die serbischen Belagerungstruppen von Skutari rücken stufenweise mit Gepäc und Artillerie ein und bereiten sich zur Einschiffung auf die griechische Transportflotte vor, welche sie über Saloniki befördern wird.

Freigabe türkischer Kriegsgefangener.

Konstantinopel, 21. April. Die Pforte hat die von Griechenland aufgestellten Bedingungen für die Rücksendung der Kriegsgefangenen angenommen. 5000 Kriegsgefangene werden in Verina an Land gesetzt werden. Griechenland wird seine Truppen von Chios zurückziehen.

Eine Sitzung der serbischen Stupschina.

Belgrad, 21. April. Stupschina. Bei der Verhandlung der Gesetzesvorlage, wonach das für 1912 angenommene Budget auch für 1913 bewilligt wird, erklärte der Finanzminister, daß die Regierung infolge des Krieges und der hierdurch verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse in der staatlichen Administration außerstande wäre, den Staatsvoranschlag für das laufende Jahr aufzustellen. Der Minister ersuchte deshalb die Stupschina, das vorjährige Budget auch für das Jahr 1913 zu bewilligen. Der Jungrepublikane Draskovic wies namens seiner Partei darauf, daß das Vorgehen der Regierung dem Geiste der Verfassung und dem Finanzgesetz widerspreche, weshalb die jungrepublikane Partei gegen die Vorlage stimmen werde.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kahlertowic kritisierte in scharfer Weise die innere und die äußere Politik der Regierung und wies auf die Gefahr hin, welche durch eine übermäßige Vergrößerung der Armee, insbesondere des Offizierskorps, für die Zivilstaatsgewalt entstehen könne. Der gegen-

wärtige Ballanbund sei offen undig auf sandiger Grundlage aufgebaut worden. Serbien müßte die Initiative zu einer demokratischen Konföderation der Ballankraaten ergreifen.

Der Parteiführer der Nationalisten Weja Velsovic lehnte die Vorlage aus Mistrauen gegen die auswärtige Politik der Regierung ab, welche besonders in der Frage des Bündnisses mit Bulgarien sich als planlos erwiesen habe. Ministerpräsident Pajitsch führte aus, daß die Regierung im Geiste der Verfassung regiere. Eine Einberufung der Stupschina während des Krieges sei nicht möglich gewesen. Die Regierung beabsichtige nicht, nach Bewilligung des Budgets die Session der Stupschina zu schließen. Der Ministerpräsident müsse entschieden die tapferen serbischen Armee, insbesondere das Offizierskorps gegen die Angriffe in Schutz nehmen, die der Abgeordnete Kahlertowic gegen sie gerichtet habe. Die auswärtige Politik Serbiens sei folgerichtig und nicht planlos.

für Abrüstung!

Die Vorstände der deutschen und der französischen Friedensgesellschaft werden sich in einem Aufrufe an die Öffentlichkeit, eine Verständigung über die Rüstungsbeschränkung herbeizuführen. In dem Aufruf heißt es:

Enorm ist seit Jahrzehnten die Steigerung der Rüstungslasten. Die fünf Mächte, die heute im Dreibund und im Zweibund gruppiert sind, hatten im Jahre 1896/97, zurzeit, da der Zweibund abgeklommen wurde, Militär- und Marinebudgets in der Höhe von reichlich 2½ Milliarden Mark, fast gleichmäßig auf beide Mächtegruppen verteilt. Schuldzinsen und andere Nebenlasten nicht gerechnet. Heute, nach 16 Jahren, ist diese Rüstungslast auf nahezu fünf Milliarden jährlich angewachsen; die Verteilung auf Dreibund und Zweibund ist die gleiche geblieben.

Die weitere Rüstungsvermehrung, die heute den Völkern zugemutet wird, ist so ungeheuerlich wie noch niemals irgend eine zuvor. Noch niemals aber ist es auch so einleuchtend gewesen, daß diese riesigen Anstrengungen ihren Zweck vollkommen verfehlen.

Ist es nicht ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, sich dahin zu verständigen, daß man gleichzeitig und gleichmäßig auf Maßnahmen, die einen so furchtbaren Druck erzeugen und die noch dazu sofort durch Gegenmaßnahmen unwirksam gemacht werden, verzichtet?

Jeder Vernünftige erkennt: So können die Dinge auf die Dauer nicht weitergehen! Jeder empfindet heute mehr als je die Sinn- und Nutzlosigkeit dieses Rüstungswettlaufes. Und doch ergeben sich Millionen unserer Mitbürger herein, wie in ein unabwendbares Fatum. Ist das würdig politisch mündiger Nationen?

Wenn die Regierungen und Parlamente sich nicht entschließen, diesen Weg zu geben, so wird man zu spät erkennen, wie berechtigt unsere Mahnung war.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

Fräglich bleibt vorerst nur, wann die bürgerlichen Friedensfreunde von den Worten zu Taten übergehen und die Rüstungsvorlagen verweigern werden.

Frankreich.

Caillaux gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 21. April. Der frühere Ministerpräsident Caillaux hielt vor seinen Wählern in Prevelles (Departement Sarthe) eine Rede, in der er erklärte, er könne die Militärvorlagen, besonders das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, nicht als Dogmen ansehen. Er lehne den von den Sozialisten befürworteten Gedanken einer Milizarmee ab, aber ebenso sei er ein Gegner einer Berufsarmee. Er sei ein Anhänger der Idee des Volkes in Waffen, welches in der Zeit der Gefahr bereit sei, das Vaterland in Reich und Glied mit der aktiven Armee gegen den Angreifer zu verteidigen. Man müsse sich das Beispiel der Ballanarmee vor Augen halten, die mit Soldaten, von denen die jüngsten über 35 Jahre alt waren, Adrianopel eroberten. Zum Schluß forderte Caillaux die Abschaffung aller Ungleichheiten und Vorechte, die unter dem Schutze der bestehenden Wehrgesetze entstanden seien. Er wolle von den Bürgern für den Militärdienst nur die unerläßlichen Opfer verlangen. Er werde alle Vorschläge bekämpfen, die in der französischen Armee eine Aristokratie schaffen könnten.

Belgien.

Ein Volksfreund.

Brüssel, 20. April. (Sig. Ver.) Während das belgische Proletariat seinen grandiosen Kampf für sein Recht ausficht, kommt die Nachricht vom Tode Paul Jansons, der aufrecht und tapfer sein Leben für dieses Recht und alle anderen demokratischen Forderungen die Kraft seines Wortes und seiner politischen Persönlichkeit eingesetzt hat. Aller billigen, demagogischen Phrasologie abhold, hat Janzon den demokratischen Ideen und einem rein empfundenen demokratischen Ideal seine ganze Kraft gewidmet und fast in allen großen Kämpfen — insbesondere für das Wahlrecht und die freie Schule, den obligatorischen Unterricht, für die persönliche Dienstpflicht, gegen den politischen Merkantilismus und die Macht der Kirche — wegbahnend und mutvoll hervorgetreten. Daß das belgische Proletariat heute, mitten im wogenden Kampf Paul Jansons gedenkt, daß die streikenden Kämpfer hinter seinem Saule gehen, einer der ihren Dank und ehrenvolles Gedenken des Proletariats ausdrücken wird, das zeugt mehr als jede Lobeshymne von der Anerkennung des Volkes für Leben und Arbeit des Verstorbenen. Janzon wurde 73 Jahre alt. Er gehörte der Kammer mit Unterbrechungen seit 1877 an. Seit 1912 war Janzon „Staatsminister“.

Janzon war einer der angesehensten, berühmtesten Advokaten Belgiens und alle großen Prozesse sind mit seinem Namen verbunden. Auch als Verteidiger suchte er nur dem Recht und dem Rechten zu dienen. Untergeordnet aber wird Janzon vor allem dadurch bleiben, daß er als einer der Ersten, wenn nicht als Erster das Privilegienwahlrecht bekämpft hat.

China.

Eine Wendung in der mongolischen Politik.

Die Besserung der politischen Situation in China, die Annäherung zwischen China und Japan, der Rücktritt der Vereinigten Staaten von dem Sechsmächtekonferenz und die damit eingeleitete Annäherung zwischen der chinesischen und der nordamerikanischen Republik — alle diese Momente haben bereits eine gewisse Wendung in der mongolischen Frage herbeigeführt. Der Gutacht in Urga, das geistliche und politische Oberhaupt der Mongolei, das vornehmlich als Werkzeug der russischen Eroberungspolitik dient, hat sich bereits einverstanden erklärt, mit der chinesischen Regierung in Unterhandlung zu treten. Andererseits sucht auch die Peking Regierung einen verständlichen Ton anzuschlagen, um den Konflikt mit der Mongolei auf friedlichem Wege zu schlichten, und so der russischen Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ueber diese Wendung in der mongolischen Politik schreibt die Petersburger

„Retsch“, die in diplomatischen Dingen gut unterrichtet ist, folgendes: „Die Nachgiebigkeit des Gutacht, der bisher alle Unterhandlungen mit China entschieden ablehnte, erklärt sich offenbar durch innere Verwicklungen in der Mongolei, verstärkt durch die Streitigkeiten unter den Fürsten und verschärft durch die Beziehungen zwischen dem Gutacht und den Fürsten, die mit seiner Politik unzufrieden sind. Die oppositionelle Bewegung hat in der letzten Zeit einen bedrohlichen Umfang angenommen; viele Fürsten drohen dem Gutacht, daß sie sich China anschließen werden. Andererseits drückt auch die mongolische Bevölkerung, die unter den höchsten Steuern und Rekrutenaushreibungen zu leiden hat, ihre Unzufriedenheit mit der neuen Lage aus und will zu den früheren Verhältnissen zurückkehren. Es heißt ferner, daß die nach Petersburg entsandte außerordentliche Gesandtschaft, die jetzt zurückgekehrt ist, die Erwartungen des Gutacht gelassen hat und ihn zu dem Entschluß gebracht hat, mit China in Unterhandlungen zu treten.“

Marokko.

Berufliche Kämpfe.

Paris, 21. April. Wie aus Marokko von gestern gemeldet wird, hat eine französische Kolonne eine 2000 Gewehre starke Garde, die sich in der Nähe des Postens von Redila gesammelt hatte, zerstört. Das Lager der Garde wurde zerstört. Der Feind hatte zahlreiche Tote. Auf beiden Seiten der Kolonne wurden vier Mann getötet und 17 verwundet, darunter zwei Offiziere.

Aus Industrie und Handel.

Wilson's Thronrede und der neue Zolltarif.

Die Ausichten für ein persönliches Regiment sind unter dem neuen demokratischen Regime in Washington nicht übel. Die neue Zolltarif-Bill, die dem 68. Kongress am 8. April in den Augenblick seiner Eröffnung zugeht, wird von Freund und Feind der Maßregel als „Administrations-Bill“ oder direkt als „Wilson-Bill“ bezeichnet, und der neue Herr des Weißen Hauses, Präsident Woodrow Wilson, hat eine mehr als hundertjährige Tradition beiseite gesetzt, indem er sich in eigener, allerhöchster Person zur Verlesung seiner Zolltarif-Bill nach dem Kapitol begab. Die Parteigegner nicht nur, selbst „originale Wilson-Leute“ — worunter man die Nachbarn der Wilson-Kandidatur im demokratischen Nominationskonvent versteht — sprechen von einer „Thronrede“ Wilsons vor versammeltem Parlamente und werfen ihm billige Nachahmung monarchischer Pomp vor. Der nordamerikanischen Republik fehlt bekanntlich die Institution der Ministerpräsidenten, wie überhaupt eine offizielle Vererbung der Minister mit der Vollvertretung. Wilson will nun offenbar sein eigener Ministerpräsident sein, wie er schon sein eigener Zolltarifausschuss gewesen ist. Er geht dabei ein persönliches Wagnis ein. Der parlamentarische Witzerg eines Zolltarifgesetzes, für das er sich selber in so dramatischer, um nicht zu sagen, sensationeller Weise eingesetzt hat, würde jetzt eine persönliche Niederlage des Präsidenten bedeuten, und wie viele Klippen das Tariffschifflein im Kongress zu fürchten hat, weiß Wilson am besten, weshalb er bereits den Vornamen mit der „Verufung ans Volk“, daß heißt, mit einem schweren Parteifach bei den Wahlen von 1916, droht. Die Gefahr lauert im Oberhause des Bundesparlaments, dem Senat, im Volke „Millionärskammer“ genannt. Jeder einzelne dieser Dandies ist Sachwalter irgendeines Trusts oder der in seinem Staate die längste Pfeife rauchenden kapitalistischen Interessenten-Clique, und so oft der amerikanische Schutz Zoll ist, so lange sind auch die Tariffrage schließlich immer von den schächernden und mozelnden Ehrengefreiten des Bundes senats normiert worden, unter gebietend der Mitwirkung ihrer kapitalistischen Bettern aus dem Lande, die als „Zeugen“ in den öffentlichen Parlamentsberichten zum Tarifgesetz — auch eine spezifisch-amerikanische Einrichtung, die natürlich in der Praxis nur den kapitalistischen Interessenten zugute kommt — wochenlang das Kapitol umlagern. Und die „Woll- und Jucker-Senatoren“ haben dem Präsidenten, der sein eigenes Tarifgesetz machen will, bereits ihre Absage geschickt. Der Wilsonsche Entwurf hob jeden Zoll auf Rohwolle überhaupt auf und ermäßigt den Juckerzoll um 25 Proz., wobei vollständige Zollfreiheit des Juckers bis zum Jahre 1916 vorgesehen ist. Jucker- und Wollzölle sind aber, neben den Wollwarenzöllen des berühmten „Schobule“ (Klasse G des Adrich-Tarif), die heiligsten Güter der amerikanischen Protektionswirtschaft, und die (demokratischen) Senatoren der Jucker- und Wollwaren verteidigen „ihre“ Hölle denn auch mit wüthender Entschiedenheit, wie sie für die Wahrung der Konstitution, der Unabhängigkeitserklärung oder die Erklärung der Menschenrechte nie und nimmer ins Zeug geben würden. Die New Yorker „World“, das Hauptorgan der demokratischen Partei, spricht denn auch bereits von Parteizerküftung und Parteiverweil. Es bereitet sich zurzeit, wenn sich die hauptsächlich beteiligten Parteien darüber auch noch nicht klar sind, ein Kampf der radikalsten Demokratie mit dem Oberhause des Parlaments, ähnlich dem Ansturm auf die englische Lordskammer vor, und einen ganz wesentlichen Schritt in der Richtung einer Beschränkung der Senatsprerogative bringt schon der Wilsontarif mit der Bestimmung, daß der Präsident befugt sei, Handelsvertragsverhandlungen anzuknüpfen und die so zustande gekommenen Verträge nur der einfachen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bedürfen, um Gesetz zu werden. Wäher war es das exklusive Recht des Senats, Verträge mit auswärtigen Mächten zu ratifizieren, und zwar war dazu Zweidrittelmehrheit erforderlich. Bekanntlich scheiterten hieran die Friedens- und Schiedsgerichtsverträge des Präsidenten Taft. Das Hauskomitee, das den Zolltarifentwurf formell „einberichtet“ — dem Hause zur Annahme unterbreitet — hat erklärt, in klarem Englisch, das an Lloyd George anklängt, der Senat sei „nicht direkter Vertreter der Mehrheit des Volkes der Vereinigten Staaten“. Wedrigen ist es wahrscheinlich, daß in Zeit von einem Jahre eine Verfassungsänderung zustande kommen wird, die jenes mächtige Votum der Trustinteressenten und der politischen Reaktion zu Falle bringt, und zwar einfach durch Einführung der direkten Volkswahlen zum Senat, der bisher bekanntlich eine Art Delegatenversammlung der einzelstaatlichen Parlamente bildet. Für das nichtamerikanische Publikum, soweit es nicht, wie die Arbeiter, an dem innerpolitischen Fortschritt in der großen Republik idealen Anteil nimmt, ist der weitwächtigste Punkt in der „Wilsonbill“ natürlich der Uebergang zur Handelsvertragspolitik. Der Adrichtarif nahm nach von sämtlichen handelsbetreibenden Völkern des Erdballs ohne weiteres alle und jede Vergünstigung in Anspruch, die diese sich nach dem vertraglich festgesetzten Verhältnis von Leistung und Gegenleistung gegenseitig eingeräumt hatten, und im Weigerungsfalle konnten die expressiven Reaktionen zu Falle bringen, und zwar einfach durch Einführung der regulären Tarif des Zollgesetzes, der als Maximaltarif gebacht ist, wobei der Präsident bei gehörigen Zugeständnissen seitens anderer Nationen Ermäßigungen eintreten lassen kann. Ueber den allgemeinen Charakter des Tarifs als einer „Abwärtsrevision“ der alten Zolltarife ist die deutsche Presse bereits durch das Kabel unterrichtet; auf die Details weiter einzugehen, erübrigt sich bisher, da keine amerikanische Tarifbill in ihrer Originalfassung Gesetz wird, und hiervon wird auch die „Wilsonbill“ trotz des oratorischen Donners vom Throne keine Ausnahme machen.

Ein Telegramm meldet weiter: der demokratische Ausschuss des Repräsentantenhauses hat mit überwältigender Mehrheit die gesamte Tarifrevisionsbill mit nur wenigen, unbedeutenden Änderungen angenommen. Die Bill wird am Montag durch Underwood im Repräsentantenhaus wieder eingebracht werden. Underwood glaubt, die Annahme der Bill bis zum 11. Mai voraussetzen zu können.

Reichstag.

145. Sitzung. Montag, den 21. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen.

Militär-Etat.

Vierter Tag.

Die Beratung beginnt beim Kapitel

„Garнизонverwaltungen- und Serbistwesen“.

Abg. Werner (Hersfeld, Antif.) wünscht eine Verringerung der Kasernenhofinspektoren.

Abg. Jäger (nall.) bemängelt die Art der Vergütung von Arbeiten durch verschiedene Garnisonverwaltungen.

Abg. Pauly-Cochem (Zentrum) wendet sich gegen die Berücksichtigung ausländischer Firmen bei den Arbeiten zur Unterhaltung der Gebäude. Zur Bedienung sollte nur deutscher Schiefer verwendet werden.

Abg. Dr. Velzer (Z.) verteidigt die Zulage für die Offiziere der Besatzung auf Burg Hohenzollern, die von den Abgg. Städlen und Gotheim zu Unrecht bemängelt seien. Weiter wünscht der Redner, daß nach Hechingen ein Bataillon verlegt werde.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) klagt darüber, daß die Kommandeure der Truppenübungsplätze den Wünschen der umwohnenden Bevölkerung zu wenig Rechnung tragen, speziell bezüglich der Grünanpflanzung.

Abg. Kupp-Baden (L.) wünscht Reformen auf dem Gebiet der Serbistvergütung; speziell für Pferde sei die Vergütung viel zu niedrig.

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.):

Beim letzten Herbstmanöver in Sachsen wurde der Güterverkehr wochenlang auf mehreren Stationen völlig gestoppt; es trat in Niefern am 9. September bis zum 13. Oktober eine Verkehrshörsung ein. Das geht weit über das Maß des Zulässigen hinaus. Die Militärverwaltung sollte darauf Rücksicht nehmen, daß in Deutschland auch einige Leute existieren, die das Geld verdienen müssen, das die Militärverwaltung verbraucht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (Z.) klagt über Manöverbeschäden; die Flurschäden werden zu spät und zu niedrig abgeschätzt.

Generalleutnant Staabs: Die Heeresverwaltung ist dauernd und nachdrücklich bestrebt, die Abschätzung der Flurschäden zu beschleunigen und gerecht zu gestalten. — Bei den Manövern ist die Schulung des Eisenbahnpersonals außerordentlich wichtig und die Heeresverwaltung ist der Eisenbahnverwaltung dankbar, wenn sie dieser Aufgabe in weitem Maße entgegenkommt.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Militärbauwesen“.

Abg. Weinhausen (Sp.) wünscht Entlassung der Bautechniker und Bauunterbeamten.

Generalleutnant Staabs: Die Militärverwaltung steht dieser Anregung sympathisch gegenüber; ein entsprechender Antrag ist aber früher von der Budgetkommission abgelehnt worden.

Abg. Hubrich (Sp.) wünscht Verringerung der Baufreikarte.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Militärmedizinwesen“.

Abg. Hoch (Soz.):

Schon am 11. Januar habe ich die Militärverwaltung auf die Typhusepidemie in Hanau hingewiesen. Aus ihrer Antwort sowie aus der mir in der Budgetkommission erteilten habe ich die Überzeugung gewonnen, daß sie die Vorgänge nicht mit der nötigen Gründlichkeit untersucht hat. Die Uebertragung der Krankheit soll durch eine als Kartoffelschälerei beschäftigte Frau erfolgt sein, aber Unsauberkeit in der Küche soll nicht geherrscht haben. Das ist nicht richtig. Es wurde polnischer Salat angefertigt, zu dem sehr viele Kartoffeln zu schälen waren, und den Salat ließ man über Nacht stehen. Das ist schon sehr bedenklich. Große Lieferanten verdienen sehr viel an der Militärverwaltung, keine Lieferanten aber werden von ihr sehr gedrückt. Das Essen beim Eisenbahregiment war schon monatelang vor Ausbruch der Epidemie sehr schlecht geworden; die Verstorbenen hatten schon monatelang vorher in Briefen an ihre Verwandten darüber geklagt. Die Lebensmittelpreise sind in Hanau sehr hoch. Trotzdem kauft die Militärverwaltung Lebensmittel für 55 Pf. das Pfund. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dafür kann keine gute Ware geliefert werden. Es ist gesagt worden, die Anzeichen, daß es sich um Typhus handelte, sind in Hanau sehr spät

erkannt worden. Das ist keine Erklärung. Ist der Grund etwa der, daß viele Militärärzte in jedem kranken Soldaten zunächst einen Betrüger und Simulanten sehen, was schon vielen kranken Soldaten das Leben gekostet hat? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter sollte doch auch in solchen Fällen die Militärverwaltung sich mit der Zivilverwaltung ins Benehmen setzen, damit keine Uebertragung der Krankheit auf die Zivilbevölkerung stattfindet. Zum Schluß bitte ich, den Leuten, die ihre Kinder auf so schreckliche Weise verloren haben, einen angemessenen Schadenersatz zu geben. Es handelt sich um 20 Leute, deren Gesunde man wohlwollend prüfen sollte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalarzt Schulz: Die Typhusepidemie in Hanau ist auf eine Reihe verhängnisvoller Umstände zurückzuführen, auf den Genuß eines Kartoffelsalates, in den durch eine Kartoffelschälerei Typhusbazillen hineingebracht waren; eine Unsauberkeit in der Bataillonküche kann zur Entstehung der Keimvermehrung nicht herangezogen werden. Klagen über schlechtes Essen sind an die Verwaltung nicht gekommen. Wenn der Borredner sich beklagt, daß die Krankheit so spät erkannt wurde, so bemerke ich ihm, daß sehr häufig Typhus erst nach der zweiten Woche erkannt wird und jeder gewissenhafte Arzt wird sich hüten, die Diagnose zu schnell zu stellen. — Dem Vorwurf, daß viele Militärärzte in jedem kranken Soldaten zunächst einen Simulanten sehen, muß ich mit allem Nachdruck entgegen treten. — Ueber die gegenseitigen Mitteilungen von Erkrankungen zwischen Zivil- und Militärbehörden bestehen gesetzliche Vorschriften, die in Hanau jedenfalls auch befolgt worden sind. — Die Untersuchungsberichte werden durchaus wohlwollend geprüft werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Ich bedaure sehr die Art und Weise, wie die Militärverwaltung meine Ausführungen behandelt. Die Herren wollen offenbar aus den Hanauer Vorgängen nichts lernen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei handelt es sich um Dinge, die sich an anderen Stellen leicht wiederholen können, wenn nicht bessernd eingegriffen wird. Was ich hier vorgetragen habe, stützt sich auf durchaus einwandfreies Material. Der Vertreter der Militärverwaltung erklärt hier aber einfach: es steht nicht in den Akten, also existiert es nicht. Ich will keineswegs meine Vorwürfe auf sämtliche Sanitätsoffiziere ausdehnen, aber es steht fest, daß sie auf sehr viele dieser Ärzte zutreffen.

Kriegsminister v. Heeringen: Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Militärverwaltung, daß sie für die Gesundheit der Soldaten sorgt. Ebenso selbstverständlich ist es, daß wir bei einem so traurigen Fall, wie dem Hanauer, den Ursachen nachgehen. Es muß aber bestimmt in Abrede gestellt werden, daß hier eine Schuld der Verwaltung vorliegt. Wir haben die Vorgänge untersucht, schon ehe der Abg. Hoch mit seinen Angriffen kam. Wenn Abg. Hoch uns bestimmte Angaben macht, so werden wir sie prüfen, aber mit so allgemeinen Angaben kommt man nicht weiter. Wenn der Abg. Hoch von den niedrigen Preisen für die Speisen sprach, so kann das doch bei dem Kartoffelsalat nicht in Betracht kommen, und Kartoffelsalat ist doch an und für sich ein ganz schönes Essen. (Heiterkeit.) Den Angriffen gegen unsere Sanitätsoffiziere muß ich entschieden entgegen treten. (Beifall rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Ich muß nochmals betonen, daß ich meine Angaben hier auf Grund einwandfreien Materials gemacht habe. Aber man kann hier sagen, was man will, die Herren wissen das immer besser, obwohl sie nicht die Fühlung mit den Soldaten haben, die wir haben. Ich habe nicht bloß allgemeine Angaben gemacht. Allerdings darf ich es nicht vergessen, dem Kriegsminister die Briefe vorzulegen, die mir zugegangen sind, das ist nicht möglich bei der Rücksichtslosigkeit, mit der heutzutage gegen alle diejenigen vorgegangen wird, die im Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein, oder sozialdemokratische Abgeordnete zu informieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt. Beim Kapitel „Ferberationen für die kommandierenden Generale“, wo die Budgetkommission Abstriche vorgenommen hat, ersucht

Kriegsminister v. Heeringen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die Beschlüsse der Budgetkommission würden eine erhebliche Verminderung des Einkommens der kommandierenden Generale bedingen.

Abg. Eder Hans zu Puttky (Lanf.) erklärt, daß seine Partei für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen werde.

war keiner von den vielen, die dem ortsüblichen elbflorienten Polakentum mit Leib und Leben verfielen. Er war ein Förderer, dem das Lebensziel der bloßen Streber, der Fraß aus der Königsrippe, nicht genügte. Seine Künstlerkraft wollte sozial bauen, und weil er oben auf blöden Stumpfsinn stieß, wurde er zum politischen Anführer. Das hat ihm der feile Servilismus der Krippenseelen mit diesen Hahnschreien angekreidet. Unter anderen ein Dr. Schäfer, der in einem jetzt wieder ausgegrabenen Jahrbuch „Freie Gaben für Herz und Gemüt“, das 1855 erschien, eine byzantinisch geschriebene Abhandlung über den sächsischen König Friedrich August II. veröffentlichte. Aus diesem Aufsatz erfährt man, daß Wagner in den politischen Klubs der Revolutionszeit aus seinem Herzen keine Würdegrube machte; er ging dem Königtum mit offenem Angriff zu Leibe. Das eben wurde ihm von Schäfer schwer verdacht. Höhnisch bezeichnete er den Postkapellmeister als einen Menschen, der „in seiner überprudelnden Genialität aus Gnade und Barmherzigkeit den König wenigstens noch zum Präsidenten der neuen projektirten sächsischen Republik machen wollte“. Aufgeregt nagelte er die Zatsache fest, daß „Leute, die des Königs Brot essen“, gegen diesen in den Vereinen redeten. Das war freilich ungeheuerlich für die grümeligen Krippenschwärmer, und zu vermerken ist nur noch, daß diese Sippkatholiken noch heute in Elbflorenz wunderbar blühen und gedeihen und jeder kräftig gesunden Luftbewegung im Kunstleben die Ventile verstopft.

Wie damals in Dresden das freie Ausleben der Kunst gehemmt wurde, erfährt man auch aus dem Konzept eines Briefes, das sich in einem Notizbuch des Dichters Otto Ludwig fand. Es stammt offenbar aus dem Jahre 1845, war an Ludwig Beckstein in Weiningen gerichtet und wird erst jetzt bekannt. Von Ludwigs Trauerspiel „Die Rechte des Herzens“ ist darin die Rede. Eduard Deorrient interessierte sich dafür und empfahl es der Generaldirektion des Dresdener Hoftheaters in den letzten Tagen seiner Amtierung als Oberregisseur; er legte dies Amt, wie Ludwig sagt, nieder „vielfältig gekränkt und behindert im tätigsten Streben, die gefallene theatralische Kunst wieder zu erheben“, auch er also einer von denen, die von der Dresdener Kunstszene weggeführt wurden. Das Drama Ludwigs wurde aber trotz Deorrients Fürsprache von der Dresdener Bühne abgelehnt und zwar aus Gründen, die der Dichter schon vorweg bedacht und beschränkt hatte. Das Stück war in die Zeit nach dem Polen-aufstande der dreißiger Jahre verlegt und barg Erinnerungen an die Stimmungen, die das polnische Flüchtlingsum schwärmerisch verherrlichten. Das eben verlegte ihm den Weg auf die Dresdener Bühne. Denn auch in Dresden bangen manche vor dem russischen Nachhaken, dem Hort des in Revolutionsangsten frostbeulenden Absolutismus, und so kam's, daß, mit Ludwigs Worten, die Polen in dem Trauerspiel für Kontenbande angesehen wurden: „an diesem Hof, der so ganz an Rußlands Steiß sich festgelesen hat, daß nicht der Name eines russischen Herrschers, ja nicht einmal ihr Titel „Die Majestät von Rußland“ oder „Der

Abg. Noke (Soz.):

Ich bin erstaunt darüber, daß der Kriegsminister für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt. Die neue Rüstungsvorlage ist in erster Linie durch die Teuerereien gewisser militärischer Kreise verursacht worden. Der Reichsanwalt hat an die Opferwilligkeit der bessergestellten Kreise angeknüpft der Heeresvorlage appelliert. Wenn irgend eine Gruppe von Angehörigen der besitzenden Klasse in Deutschland Anlaß hat, bei dieser Gelegenheit opferwillig zu sein, so sind es die kommandierenden Generale, für die sich der Kriegsminister aber jetzt ins Zeug legt, weil ihnen zugemutet wird, einen geringen Teil ihrer hohen Bezüge zu opfern. (Lebhafte Zustimmung links.) Diese Herren, die ein jährliches Einkommen bis zu 60 000 M. haben, könnten doch wohl das Opfer von 900 M. bringen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat allen Anlaß, an den Beschlüssen der Budgetkommission festzuhalten. (Lebhafte Beifall links.)

Der Titel wird gegen die Stimmen der Rechten nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen. Beim Kapitel „Verwaltung der Remontedepots“ bemerkt

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.): Der Abg. Gaensler hat darauf hingewiesen, daß an den hohen Offizierstellen Millionen erspart werden könnten. Statt dessen spart die Militärverwaltung bei den Arbeitern der Remontedepots. In Sachsen existieren drei solcher Verwaltungen; dort erhalten die Arbeiter im Sommer 1,90 M. pro Tag (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), im Winter 1,50 M. (Hört! hört!) Entsprechend sind die Löhne aller Kategorien. Die Arbeitszeit beträgt 10—13 Stunden. Bei diesen Löhnen müssen die Arbeiter sich für ein Jahr verpflichten, und müssen schriftlich anerkennen, daß sie sich

der Gefindeordnung unterwerfen

(Lebhafte Hört! hört!). Natürlich reicht der Lohn nicht aus, und die Frauen müssen mitarbeiten, und das bennut die Militärverwaltung, um die Frauen zu ganz elenden Bedingungen zu beschäftigen. Besonders traurig ist die Lage der Arbeiter bei Krankheit; da erhalten die männlichen Arbeiter 75 Pf. (Hört! hört!), die Frauen 25 Pf. (Hört! hört!) Bekommt die Militärverwaltung denn zu diesen Löhnen Leute? Nun, sie beschäftigt in Massen ausländische Arbeiter (Hört! hört!), das ist der Schuß der nationalen Arbeit, von dem hier immer die Rede ist. Die Militärverwaltung sollte schleunigst für Remedur sorgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Generalmajor v. Weißdorf: Die Löhne bei den Remontedepots werden nach den Dienstverpflichtungen festgesetzt und richten sich nach den in der Umgebung der Depots üblichen Sätzen. Auf die Ueberreibungen des Borredners brauche ich wohl nicht näher einzugehen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.):

Der Bundesratsvertreter war nicht im Stande, auch nur eine der von mir angeführten Tatsachen zu widerlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ihnen ja die üblichen Sätze mitgeteilt, und es ist schlimm, daß die Militärbehörde sich danach richtet, um den Landwirten nicht Konkurrenz zu machen. Dabei werden von den Landwirten diese Löhne an Ledige gezahlt, von der Militärverwaltung dagegen an Verheiratete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Beim Kapitel „Umzugs- und Reise- sowie Transportkosten“ erteilt das Wort

Abg. Noke (Soz.):

Der Reichstag muß Verwahrung einlegen gegen ungerichtetes Hin- und Herführen von Truppen und gegen die Verwendung von Soldaten für nichtmilitärische Zwecke. Um derartiges scheint es sich bei der Verwendung von Pionieren auf der Saalfurg zu handeln, die dort nicht mit modernen Instrumenten, sondern mit solchen altrömischer Soldaten Schanzarbeiten ausführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Verwendung von Soldaten für private Liebhabereien des Kaisers.

Auch die Heranziehung der Mathenower Husaren nach Berlin zu einer privaten Familienangelegenheit hat nichts mit dem Dienst zu tun. Wir haben kein Geld, um es für unnütze Zwecke zu verpulvern, und wir müssen uns verbitten, daß die Söhne des Volkes im Soldatenrock als Paradeuppen für Feinden und ihre Bräute verwendet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen solche Verschwendung von Reichsmitteln muß der Reichstag protestieren. Würde der Kriegsminister die Stimmung im Volke kennen, so würde er gegen solche Verwendung von Reichsmitteln Einspruch erheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Musik.

Ein großes Ereignis unternahm die Dresdener Volks-Singakademie, als sie im großen Saale der Branerei Friedrichshain am Sonntag nachmittags Beethovens „Missa solennis“ zur Aufführung brachte. Dieses Werk stellt dem Chor dermaßen heikle Aufgaben, daß es selbst für die bestdisziplinierten, tüchtigsten Chöre eines der aller schwierigsten Probleme bleibt. Man konnte also wohl dieser Aufführung durch einen Volkschor mit einigen Verstärkungen entgegen sehen. Aber es zeigte sich, daß alle Verstärkungen grundlos waren. Was der Dresdener Chor hier darbot, ist hoher Anerkennung wert. Dieser trefflichen Leistung gegenüber wird jeder Sachkundige von der Arbeitskraft und dem künstlerischen Ernst der Dresdener Gäste eine hohe Meinung haben müssen. Hier wurde der Beweis geliefert, daß keine künstlerische Aufgabe, so schwer sie sein möge, einem Volkschor unüberwindliche Hindernisse in den Weg stelle. Die Männerstimmen des Chors sind den frischen, kräftigen Frauenstimmen keineswegs gleichwertig. Es muß das Bestreben des Chorleiters sein, die stumpfen, glanzlosen Tenöre, die matten Bässe durch geeigneteres Material zu ersetzen. Durch diesen Mangel an Glanz kamen einige der esthetischen Höhepunkte um ihre volle Wirkung. Nichtsdestowenig bleiben die Siderheit des Chorensembles, die Klarheit der Stimmenführung und die fein abgetönte Nuancierung zu bewundern.

Der Leiter, Musikdirektor Johannes Reichert, hat sich mit diesen in langwieriger und mühsamer Arbeit erreichten Ergebnissen (das Programm spricht von 80 Chorproben zu diesem Werk) als ein berufener musikalischer Erzieher, als eine starke, treibende Kraft und als eine Persönlichkeit von künstlerischer Kultur erwiesen. Auch die Solisten tragen das Ihrige bei zum Gelingen der Aufführung. Die Altistin Fel. v. Norman und der Tenorist Emil Cuderte leisteten sich besonders hervor. Fel. Gertrude Schafte war die Sopranpartie anvertraut, der Bassist Herr Rudolf Kratina war noch in letzter Stunde für den bedürftigen Herrn Jettimayr eingepfunden. Das Berliner Klavier-Orchester führte den wichtigen instrumentalen Teil gut aus.

Kleines feuilleton

Die „patriotische Kunst“ wirkt herausfordernd! Es hat sich in Preußen etwas ergeben, das bei dem unbedeutenden Dritten sehr viel Schmunzeln erwecken wird. Anton von Werner, der nationale Stiefelmaler, und die „hohe Stelle“, die bei uns in allen offiziellen Stundstücken entscheidet, waren bisher ein Herz und eine Seele. Anton redete in der Akademie gegen die Sezession, und die „hohe Stelle“ zeigte sich unerbittlich gegen die Kunststücken. Und dieser Hohenzollernmaler ist mit seinen großen patriotischen Schöpfungen (Sedanpanorama usw.) nicht zur Ausstellung im Glaspalast zugelassen worden. In dem Jahre, wo S. M. sein Jubiläum feiert und der von ihm bevorzugte Akademiedirektor 70 Jahre alt wird und die nationale Woge verghoch geht!

Weld' eine Wendung! Die „Voss Zeitung“, die diesen amüsanten Beitrag zur Hofgeschichte beisteuert, verrät auch die Motive: Man findet eben diese Bernerschen Bilder, die der König von Preußen seinerzeit angekauft hat, herausfordernd und aufreizend und nimmt zarte Rücksicht auf die Stimmung der westlichen Nachbarn.

Die „Weltgeschichte“ ist doch manchmal nicht ohne Ironie! Die Hofkreise befehlen sich zu unerer Anschauung, die in den Schlachtenbildern immer sehr wenig Kunst und sehr viel chauvinistische Hese gefunden hat. Und die Patrioten zeteren, von der zahmen Boffin angefangen, ob der Unterdrückung berechtigter nationaler Empfindungen und allzu ängstlicher Rücksichtnahme auf die nationale Eigenliebe — anderer.

Knechteligkeit unten und oben. Die sächsische Königsstadt an der Elbe tut sich etwas darauf zugute, daß ihr Name im Leben so vieler großer Künstler genannt werden muß, und mit scharf gewerbemäßigen Eifer wird an der schon legendär gewordenen Ueberlieferung weitergepflegt. Dresden sei so eine Art Elbsium der Künstler gewesen. Aber immer treibt von Zeit zu Zeit ein kräftiger Windstoß den viden blauen Dunst dieser Legende auseinander. Das ist jetzt wieder einmal der Fall und zwar von zwei Seiten her auf einen Zug. Zwei Dokumente, aus alten Papieren an den Tag geholt, bezeugen, wie sehr die Männer, deren Namen heute großen Klang haben, in Dresden unter drückender Stidluft litten.

Der Hundertjahrstag der Geburt Richard Wagners bringt verschollene Einzelheiten aus des Meisters Dresdener Tagen ans Licht. Empört über das höfische Regiment stürzte sich der königlich sächsische Kapellmeister in die Revolution. Er hat sich später demüht, über diese Episode seines Lebens zu schweigen, aber der Stadtbrief des Dresdener Stadtgerichts, das ihn zu den „besonders gefährlichen Individuen“ rechnete, stempelt seine Rolle immerhin deutlich ab. Er

Kriegsminister v. Heeringen: Das Rathenower Infanterieregiment hat mit dem früheren hannoverschen Königshaus ganz besondere persönliche Beziehungen, und deswegen hatte seine Heranziehung in dem Moment, wo der Stammhalter der königlichen Familie in die preussische Armee eintraten sollte, einen besonderen politischen Zweck. (Sehr richtig! rechts.) — Bei den Pionierarbeiten bei der Saalburg handelt es sich um Waldarbeiten, die in der Kaserne nicht vorgenommen werden können, und die doch für den Festungskrieg ganz unerlässlich sind. Die Ausbildung der Truppen wird dadurch gefördert. (Rechts bei den Sozialdemokraten und Jurist: Mit altrömischen Waffen!) Ach, das ist ja nur Weierl. Also die Ausbildung der Truppen ist gefährdet, ohne daß der Militärverwaltung Kosten erwachsen sind; denn die Kosten sind aus dem Fonds für die Saalburg bezahlt worden.

Beim Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“ bespricht

Abg. Bächner (Soz.)

die Verhältnisse der in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Der Reichstag hat hierzu im Vorjahre fast einstimmig eine Reihe von Resolutionen angenommen. Alle diese Resolutionen hat der Bundesrat entweder abgelehnt oder in den Papierkorb geworfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir in diesem Jahre mit unseren Klagen wiederkommen. Das ist um so notwendiger, weil die Lohnverhältnisse und die Behandlung der Arbeiter immer noch viel zu wünschen übrig läßt, ja die Verhältnisse werden von Jahr zu Jahr schlimmer. Höhere Löhne sind unbedingt notwendig angesichts der eingetretenen Teuerung. Die Lohnverhältnisse müssen den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man komme uns auch nicht mehr mit einer Rücksicht auf die Privatindustrie. Dort werden schon längst viel höhere Löhne gezahlt als in den Staatswerkstätten. Geht denn die Teuerung nurlos an der Militärverwaltung vorüber? Selbst Herr v. Schorlemer, dieser Freund des fast einseitigen Pferde-Reißen für — andere, hat im Landtag gesagt, das Volk müsse sich daran gewöhnen, mehr für die Ernährung auszugeben. Ja, es muß das Volk erst einmal mehr verdienen, ehe es mehr ausgeben kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein besonders schmerzliches Thema in den Staatswerkstätten ist die Akkordarbeit, die für $\frac{1}{4}$ der Arbeiter besteht. Die Akkordlöhne werden ohne Mitwirkung der Arbeiter von den Meistern mit Unterstützung der Meistergehilfen festgesetzt und oft verdient der Arbeiter im Akkord nicht einmal den Stundenlohn. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Danzig nehmen sich viele Arbeiter Arbeit mit nach Hause, nur um überhaupt mit ihren Familien leben zu können. Wir verlangen, daß die Akkordarbeit beseitigt und ein garantierter Mindestlohn festgesetzt wird. Sollte das nicht geschehen, so müßten die Akkordlöhne unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse festgesetzt werden. In Spandau wird vor allem darüber geklagt, daß die Meister und Vizemeister die Arbeiter in unmenschlicher Weise zur Arbeit antreiben. Dafür sollen die Meister besondere Gratifikationen erhalten von durchschnittlich mehreren Hundert Mark, im Einzelfall aber bis 2000 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge dieses Systems ist eine hohe Unfallziffer und, was das schlimmste ist, werden die Berufsgenossen noch bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Meister, die ganz gleich um welches Vergehen es sich handelt, 5 Mark Geldstrafe erheben. Ein Arbeiter, der einen Offizier nicht gegrüßt hätte, wurde in eine Geldstrafe von 1 Mark genommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das grenzt doch an Größenwahn, denn so etwas passiert ja kaum auf dem Kasernenhof. Dann wird über ungerechtfertigte Kesseln der Spandauer Polizei in den Familien der Arbeiter geklagt und ferner darüber, daß Arbeiter, die seit Jahren in den Staatswerkstätten tätig sind, schon nach einigen Krankheitsagen entlassen worden sind. Nach den Klagen meines Freundes Dr. Liebknecht im Vorjahre hat man den Arbeitern in Spandau ein Schriftstück vorgelegt, in dem es hieß, daß die Klagen unbegründet seien. Die Arbeiter hätten sich leben lassen, die nicht unterschreiben würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wären sicher sofort in die Wüste geschickt worden. Später stellte sich heraus, daß das Schriftstück von zwei Gefänglingen eines Meisters angefertigt war. Der Erlaß der Militärverwaltung gegen das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter erinnert an die Sprache der schlimmsten Schamäcker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja kein Wunder, daß solche Erlasse kommen. Wenn es in den Staatswerkstätten weniger militärische Vorgehensweise und dafür mehr Männer aus dem praktischen Leben gäbe, dann würde es solche Erlasse nicht geben. Wir verlangen auch für die Staatsarbeiter das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht. Ehe Sie das nicht den Arbeitern gewähren, muß der Arbeiterausschuß ein totgeborenes Kind bleiben. Als der Arbeiterausschuß vorstellig wurde, die Arbeiter, die außerhalb wohnen, sollten 5 Minuten früher gehen können, um den Zug zu erreichen,

Weiter endete die schöne erhabende Aufführung mit einem großen Applaus. Die Szenen, die sich beim Verlassen des Saales an den Garderoben abspielten, sprachen jeder Befreiung. Während die Tausende der Zuhörer Kopf an Kopf gedrängt sich schrittweise vorwärts hoben, drängten viele Hunderte Kennanmeldungen von der Straße her ihnen entgegen. Man lief Gefahr, ohnmächtig und erdrückt zu werden. Es darf nicht vorkommen, daß ein Saal für eine neue Veranstaltung geöffnet wird, bevor er von der vorhergehenden völlig geräumt ist. Unter den anwesenden Tausenden war nur eine Stimme der Entrüstung über diese Zustände. H. L.

Notizen.

— Professor Hugo Winkler, einer unserer hervorragendsten Forscher des alten Orients, ist in Berlin — erst 50 Jahre alt — gestorben. Besonders die ägyptische Papyrolentens und Assyriens verdankt ihm vieles, und der Einfluß dieses Kulturkreises auf die Welt Israels ist von ihm vielfach nachgewiesen worden. Die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Grundlagen blieb ihm nicht verschlossen; trotzdem hat er das Weiterwirken mythologischer Elemente und besonders der babylonischen häufig übersehen. Mit dem Späten hat Prof. Winkler seinen Forschungen glücklicherweise nachgeholfen. Er war an mehreren Ausgrabungen beteiligt, besonders hat er die alte Festsitzung des wenig erforschten Heiligtums von Boghazkoi erschlossen und die Götterbilder wesentlich in Fluß gebracht. Als Herausgeber des „Alten Orients“, der populäre Zusammenfassungen bietet, hat der Verstorbene auch in weitere Kreise gewirkt.

— Theaterchronik. Wegen eines Krankheitsfalles mußte das Repertoire des Walden-Theaters im Deutschen Schauspielhaus umgeändert werden. Am Dienstag, Donnerstag und Freitag geht „Al-Heidelberg“, am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag die Operette „Der König in Sene“.

— Ueber Futurismus und den Sinn der neuen Malerei wird Karl Einstein am dritten Autorenabend der „Kritik“, Mittwoch, den 26. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vortragssaal des Hoftheaters, Potsdamer Str. 29, sprechen und außerdem aus eigenen Werken lesen. Alfred Lichtenstein liest Unveröffentlichtes von André Gide.

— Otto Weidner, der tüchtige, humorvolle Bühnenschauspieler ist in Wien gestorben. Sehr bekannt wurde ein seiner Schmarotcherstücke „Heut spielt der Strauß“, das die großen Konzerte aus zwei Jahrhunderten, lebendstreu mit Hilfe der Uhrmechanik charakterisiert, um den Kaiserkönig aufzuführen.

— Die dritte internationale Konferenz für Krebsforschung findet vom 1. bis 5. August in Brüssel statt. Zur Beratung kommen: Die Anwendung der physikalisch-chemischen Verfahren bei der Behandlung des Krebses, die Vaccinationstherapie der Geschwülste, die örtliche Verbreitung der Krebskrankheit und Einrichtungen und Methoden der Fürsorge Krebskranker.

wurde ihnen vom Direktor die Antwort zu teil, für die Arbeiter hätte er nichts übrig; (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) ob die Arbeiter sich die Schuld an den Hals laufen, ist ihm ganz egal. — Weiter möchte ich fragen, ob etwa die Absicht besteht, die Spandauer Gewerkschaft in eine Motorbauanstalt umzuwandeln; wenigstens ist dort im Auftrag eines Majors ein Motorboot gebaut worden. Sollte es sich dabei etwa um eine private Arbeit handeln?

Nach § 1a der Arbeitsordnung sind von der Einstellung Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen Bestrebungen halber oder den Frieden zwischen den Arbeitern und der Verwaltung stören wollen. Unterstützt werden von der Verwaltung die geübten Organisationen, in denen in erster Reihe Politik getrieben wird. Wir bestreiten der Militärverwaltung das Recht zu der Bestimmung des § 1a, es geht sie gar nicht an, was die Arbeiter außerhalb des Betriebes tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Konsequenz dieser Bestimmung wäre, daß Sie von den Arbeitern auch keine Steuern nehmen und sie nicht zum Militärdienst heranziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beseitigen Sie diesen § 1a und nehmen Sie unsere Resolution an. Nur dann können die Staatsbetriebe Musterbetriebe werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant Wandel: Die Löhne in den Militärbetrieben richten sich nach den Löhnen in gleichartigen Betrieben der Privatindustrie. Sie sind auch keineswegs stehengeblieben. Die Festsetzung der Stücklöhne ist genau geordnet und mit allen Kautelen umgeben, die die Arbeiter gegen Willkür schützen. Von einer Antreiberi kann gar keine Rede sein; arbeiten müssen die Leute natürlich. — Die Deckblätter der Arbeitsordnung sind durch verschiedene Anträge der Arbeiterausschüsse hervorgerufen; wir sind übrigens dabei, eine einheitliche Arbeitsordnung zu schaffen. Die Klagen des Vorredners über die Arbeiterausschüsse sind nicht berechtigt, die Arbeiter wünschen sie zu behalten. — Die Frage des Koalitionsrechts und des § 1a der Arbeitsordnung habe ich bereits in der Kommission erörtert und brauche daher hier nicht noch einmal darauf einzugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Trimborn (Z.): Die in den Militärbetrieben auf Privatdienstvertrag angestellten Militäranwärter klagen mit Recht, daß sie nicht entlohnt werden, den Bauzeichnern, den Kanzlei-Schreibern, den Betriebs-Schreibern und anderen Kategorien ist früher die Entlohnung und damit die Ueberführung ins Beamtenverhältnis in Aussicht gestellt worden. Aber auch in dem diesjährigen Etat ist keine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen erfolgt. Es macht keinen guten Eindruck, wenn wir alle Jahre dieselben Klagen vorbringen müssen. (Sehr richtig!)

Generalleutnant Wandel stellt die Entlohnung verschiedener Schreibstellen in Aussicht.

Abg. Bonshab (Z.) klagt über zu geringe Entlohnung der Feuerwerker.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr (vorher kurze Anfrage).

Schluß 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

171. Sitzung, Montag, den 21. April 1918, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Der elektrische Betrieb auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.

Abg. Luchl (L.) spricht für die Kommissionsbeschlüsse im Gegensatz zur Mehrheit seiner Freunde und spendet auch den Regierungstechnikern volles Vertrauen. Wenn auf einer Privatbahn solche Zustände vorkämen wie auf der Berliner Stadt- und Ringbahn, hätte die Regierung längst einschreiten müssen. (Sehr richtig! links.) Der Redner verurteilt die Stimmungsmache von Vertretern der Dampfindustrie. Eine Beeinträchtigung des Telegraphendienstes ist gar nicht zu befürchten und der elektrische Betrieb würde die jetzigen Zustände zur Stadtbahn überflüssig machen. Eine Tarifierhöhung würden die Arbeiter bei dem allgemeinen Rückgang des Geldwertes gar nicht empfinden. (Ob! bei den Sozialdemokraten.) Ueber den Zentrumsantrag, nur 9,8 Millionen zu bewilligen, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Abg. Schaub (H.) erklärt sich namens einer Minderheit seiner Partei gegen die Kommissionsbeschlüsse, weist aber die Befürchtung, von der Dampfindustrie beeinflusst zu sein, zurück. Ueberführung mag die und da vorkommen, aber da wird wohl sehr übertrieben. (Hört! hört! links.) Eine kleine Tarifierhöhung würde den Verkehr schon entlasten. (Hört! hört! links.)

Abg. Schmedding (Z.) spricht für einen Teil seiner Partei zugunsten der Kommissionsbeschlüsse unter der Voraussetzung, daß die Tarife erhöht werden. Es wird sich doch niemand von der Richtungslosigkeit leiten lassen, die Vorlage deshalb abzulehnen, weil im Sauerland eine Nebenbahn noch nicht gebaut wurde! (Weiterkeit.)

Abg. v. Hennigs-Teich (L.) erklärt gleich dem Abg. v. Bapvenheim, daß bei den unzureichenden, auf Schätzung beruhenden Grundlagen der Vorlage eine Entscheidung über ein so kostspieliges Projekt nicht möglich sei. Der Minister ist doch Laie. Mit der verbesserten Dampflokomotive D 1 wäre bis 1918 auszukommen.

Minister v. Breitenbach verweist darauf, daß er 35 Jahre im Eisenbahndienst sitze, also sehr wohl die Vorschläge seiner ersten technischen Berater auf die Notwendigkeit ihrer Durchführung hin beurteilen könne. Er verteidigt nochmals die Kommissionsbeschlüsse und ersucht um ihre Annahme. Die Arbeiterwochenarten sollen nur sehr wenig verteuert werden.

Abg. Rosenow (Sp.): Wieder ist es die Feindschaft der Konservativen und des Zentrums gegen Berlin, die ein an sich längst notwendiges Gesetz gefährdet. Von den Leistungen Berlins wird gar nicht gesprochen. In anderen Ländern tut man alles für die Hauptstadt!

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Briesen-Lichtenberg (H.): Ich würde nicht nur für die Kommissionsanträge, sondern auch gegen jede Fahrpreis-erhöhung aufgetreten sein.

Abg. Hoffmann (Soz.) ist durch den Schlußantrag verbunden, einem konservativen Redner zu erwidern, daß es unrichtig ist, daß Berlin nicht zahlen wolle, sondern nur, daß Berlin nicht alles zahlen wolle, was die Junter aus ihm heraus holen wollen. Seine Feststellung, daß die Arbeiterwochenarten auf den weitesten Strecken um 26 M. pro Jahr erhöht werden sollen, ist nicht widerlegt. Herr v. Hennigs gegenüber bemerke ich, daß ich den Konservativen nicht jedes Gewissen abgesprächen habe; wohl aber habe ich erklärt, daß, wenn infolge der Ueberführung Unglücksfälle vorkommen sollten, die Verunglückten und Toten auf das Konto derjenigen zu setzen sind, die die Kommissionsbeschlüsse ablehnen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Wachnig (Sp.) wird über die Kommissionsbeschlüsse namentlich abgestimmt werden, und zwar zu Beginn der Diensttagung.

Das Gesetz über die Hypotheken in Neu-Vorommern und Rügen wird ohne Debatte erledigt. Bei dem Gesetz über die Eingemeindung von Ridlingen nach der Stadt Biberach bei Hannover beantragt

Abg. Leinert (Soz.) unter warmer Befürwortung des Gesetzes eine Vermehrung der Zahl der Bürgervertreter (Stadtverordneten). Außerdem tritt er energisch für die aus den wichtigsten lokalen Gründen notwendige Errichtung eines Amtsgerichts in Linden ein.

Der Antrag Leinert wird jedoch schließlich gegen die Sozialdemokraten und einige Fortschrittler abgelehnt, weil er angeblich nicht in das Gesetz hineinpaßt, obgleich man 1907 bei einer Eingemeindung nach Hannover wörtlich die gleiche Bestimmung in das Gesetz hineingenommen hat.

Das Haus beginnt hierauf die zweite Beratung des

rheinischen Zusammenlegungs- und Grundstücks-teilungsgesetzes, kommt jedoch damit nicht zu Ende.

Dienstag 11 Uhr: Kammerliche Abstimmung über die Berliner Stadtbahnvorlage, Polengesetz, dritte Lesung der Berliner Stadtbahnvorlage.

Schluß 4 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

In der Montagssitzung regte Abg. Erzberger an, daß bei der beabsichtigten Vermehrung der Luftschiffe erzwungen werden sollte, die Landwirte zu entschädigen, wenn bei Landung eines Militärluftschiffs auf Wiesen, Kødern und in Gärten Schaden angerichtet wird; auch für den Schaden, den das angesammelte Publikum anrichtet.

Sodann wurde abermals über die Streichung der Kommandanturen von Karlsruhe, Darmstadt, Dresden und Stuttgart beraten. Hierzu beantragten die Volksparteiler, auch die Kommandanten von Glogau, Glogau und Altona zu streichen. — Unsere Genossen forderten auch noch die Streichung des Kommandanten von Königsberg (Sachsen). Die Kommission sprach gegen die nationalliberalen und konservativen Stimmen die Stellen in Dresden und Stuttgart; die Stellen in Darmstadt und Karlsruhe sollen vom 1. Oktober dieses Jahres ab in solche für pensionierte Offiziere umgewandelt werden. Die Streichung des Gouverneurs vom Uru, sowie der Kommandanten von Glogau, Glogau und Königsberg wurde gegen die sozialdemokratischen und völkerteiligen Stimmen, wie der Stimmen der Abgg. Erzberger und Daegh abgelehnt.

Die Unterstützung von sogenannten „nationalen“ Vereinen mit Geldmitteln durch die Militärverwaltung führte zu einer lebhaften Debatte. Die Redner der verschiedenen Parteien wandten sich gegen derartige Unterstühtungen. Die Regierung versprach eine Zusammenstellung der gemachten Zuwendungen und der Vereine, die sie erhalten haben, der Kommission vorzulegen.

Eingehend wurde weiter die Tuchfrage besprochen, wobei Genosse Ledebour verlangte, daß all die Zieraten bei der Kavallerieuniform weggelassen sollen. Eine einheitliche, aber ganz einfach gehaltene Uniform, die frei von Hinterlappen ist, müßte gefordert werden. — General Stabs erklärte, die verschiedenen Uniformen bei der Kavallerie bleiben; auch die verschiedene Kopfbedeckung. Die Anforderungen sollen durch das Offiziersrecht bedingt sein. — Der Kriegsminister wies darauf hin, daß die Leute auch an ihren Regimentsuniformen hängen; der Husar wolle als solcher auch kenntlich sein, ebenso der Uru, der Kürassier usw. Die Zweckmäßigkeit der selbsträgen Uniform habe sich für den Friedensdienst nicht erwiesen. Die Uniform- und Tuchfrage soll bei der Militärvorlage nochmals eingehend behandelt werden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Getreidespekulation.

Durch die Veröffentlichung einer Reichsgerichtsentcheidung über Differenzgeschäfte im Getreidehandel ist wieder einmal in der bürgerlichen Presse eine Diskussion über die juristische und volkswirtschaftliche Berechtigung der Börsenspekulation in Waren entfacht worden. Der Reichsgerichtsentcheidung lag nach den Mitteilungen der Reichsten der Berliner Kaufmannschaft folgende Sachlage zugrunde: In dem Rechtsstreit handelte es sich um die Geschäftsverbindung zweier Getreidefirmen, bei denen jeder Teil bald als Käufer, bald als Verkäufer auftrat. Die Geschäfte wurden zu den Berliner Börsenbedingungen für Zeitgeschäfte abgeschlossen. Nach Beendigung der Geschäftsverbindung kamen der Berliner Firma 120 727 Mark zugute. Um diese Summe einzutreiben, eröffnete die Berliner Firma gegen den zahlungsunfähigen Händler in der Provinz den Konkurs. Die beklagte Firma erhob aber den sogenannten Differenzseinwand, d. h. sie berief sich darauf, daß sie auf Grund des Börsengesetzes nicht zur Zahlung verpflichtet sei, da die abgeschlossenen Geschäfte zu den verbotenen Spielgeschäften gehörten hätten. Als Beweis führte sie an, daß in der Zeit vom Oktober 1907 bis April 1908 die Provinzfirmen auf den Monat Mai 1908 15 000 Tonnen Getreide für mehr als 3 Millionen Mark von der Berliner Firma gekauft habe, ohne jemals auch nur einen Sach Getreide wirklich abzunehmen. Sämtliche Geschäfte seien ausnahmslos durch Zahlung der Differenzen zwischen dem festgesetzten Preis und dem Börsenpreis am Tage der verabredeten Lieferung erledigt worden. Da die Höhe der Abfälle in gar keinem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Provinzfirmen gestanden habe, entschied das Gericht, daß die Geschäfte den Charakter bloßer Differenzgeschäfte gehabt hätten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ griff den Fall sofort auf, um allgemein zu behaupten, daß solche verbotenen Differenzgeschäfte an der Berliner Börse wohl häufiger vorkämen, und sie rief den Staatskommissar der Berliner Börse an, gegen die Berliner Firma mit einer Ordnungsstrafe vorzugehen, da eine strafrechtliche Verfolgung infolge Verjährung nicht mehr möglich sei. Hinter der zunächst rein juristischen Ausdeutung des Falles steht dabei die agrarische Abneigung gegen die Börsenspekulation in Getreide überhaupt. In ihrer Agitation gegen die Börse stützen sich die Agrarier auf die Kleinbürgerliche Anschauung, daß jedem Handel irgend ein tatsächlicher Wertentwurf zugrunde liegen müsse. Beim Zeitgeschäft wird an einem bestimmten Tage eine Lieferung zu einem späteren Termin und zu festgesetztem Preise verabredet. Für den Empfänger ist es dabei gleich, ob er das Getreide an dem späteren Tage wirklich erhält oder ob nur die Differenz zwischen dem verabredeten Preis und dem üblichen Preis am Lieferungsstage ausgegahlt wird. In der Tat scheint jedoch ein Differenzgeschäft nur als eine Wette, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die betreffende Ware eine gewisse Preisgröße haben werde. Die Verteidiger der Börsenspekulation suchen deshalb nachzuweisen, daß es sich bei der Spekulation um wirkliche Geschäfte handle. Das ist ihnen in Deutschland erleichtert, seit die Börsenspekulation noch einer Zeit des völligen Verbots der Termingeschäften das Termingeschäft zwar zuläßt, aber die handelsrechtliche Lieferung der im Termingeschäft bezeichneten Getreidemengen vorschreibt.

Voraussetzung für den Börsenhandel ist, daß die Waren in größeren Mengen frei auf dem Markt zur Verfügung stehen.

Sobald sich ein Kartell eines Produktionszweiges bemächtigt, wird der Weg zwischen Produzent und Konsument verkürzt, dem Zwischenhandel jede freie Verfügung über die Ware entzogen. Die Warenumsätze der betreffenden Gattung gehen an die Börse zurück, die Notierungen verschwinden ganz oder sind eine bloße Wiederholung der Kartellpreise. So gibt es in Deutschland seit der Herrschaft des Spiritusringes und des amerikanischen Oeltrusts keine Notierungen mehr für Spiritus und Petroleum. In dem Kursbericht der Offener Börse unter Kofeln, Kofeln, Kofeln zeigt schon der Zusatz: „Preisnotierungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfondits“, daß es sich dort um Warenumsätze nicht handeln kann. Ebenso kommen die Preisnotierungen der Düsseldorf-Börse für Montanerzeugnisse zustande; der Börsenvorstand stellt dort nur die Preise der ihm von Werken und Händlern gemachten Angaben zusammen.

Jede Produzentengruppe hat die Tendenz, ihre Produkte dem freien Börsenverkehr zu entziehen. Selbst die großen

Todes-Anzeigen

Allen Bekannten und Freunden zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzlichster Vater, Schwiegervater und Großvater

Wilhelm Nothnagel
am Sonnabend, den 19. April, im 50. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend, Nordend, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Todesanzeige.
Am 20. April verstarb unser Genosse, der Bauereiarbeiter

Wilhelm Nothnagel
Gaudystr. 12. Bezirk 578.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband d. Drauer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern biete zur Nachricht, daß der Kollege, Flaschenleiarbeiter

Wilhelm Nothnagel
(Schultheißenbräuerei Abt. I.)
am 19. April im Alter von 49 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. April, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gethsemane-Kirchhof in Nordend statt.

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.

Am 19. April starb unser Mitglied, der Parteigenosse

Otto Behrendt
Fochstr. 46.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof in Steglitz statt.

Die Sängere treffen sich auf dem Friedhofe.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter

Wilhelm Gutschmidt
(Landsberger Chaussee 10)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Marzahn aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

14/8 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Petershagen.

Am 18. d. M. verstarb unser Genosse

Hermann Lehmann
in Fredersdorf.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Fredersdorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin, Reinickendorf-Ost.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Philipp Brandt
am 18. April an Lungenleiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, den 22. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, See- u. Oda-Ring-Strasse, aus statt.

Nachrichtliche Beteiligung erwartet

25/19 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sprechen wir allen Verwandten und Bekannten wie auch den Kollegen und Kolleginnen der Firmen Dapag und Hauptner, ebenso dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank aus.

501b Wwe. Zamzow u. Sohn.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

Karl Golz
am 20. d. M. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Reinickendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Zeitungsfrau

Emma Hirsland
am 17. April im Alter von 45 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

64/7 Die Bezirksverwaltung.

Todesanzeige.
Statt besonderer Meldung.

Von seinem langen, mit großer Geduld getragenen Leben erlöst am Sonntag, den 20. April, mittags 12 Uhr, der Tod meinen lieben, guten Mann, unseren guten Bruder, Schwager und Onkel, den Zigarrenarbeiter

Max Kiesel
im Alter von 49 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

Anna Kiesel-Mesch
geb. Engler.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Reinickendorfer Gemeinde-Kirchhofe, Humboldtstraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Edy Hildebrandt
Rückerstr. 150, am 18. April, an Nierenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Allen Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

116/20 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Bekannten, Genossinnen und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Otto Behrendt
am 19. April im 53. Lebensjahre nach schwerem Leiden entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Behrendt.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof in Steglitz statt.

69/1

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der pensionierte Kollege

Otto Behrendt
welcher im Betriebe der Charlottenburger Wasserwerke Akt.-Ges. beschäftigt war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet heute Dienstag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof in Steglitz statt.

33/17 Die Ortsverwaltung

Deutscher Holzarbeiterverband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Johann Czechowski
Kosener Straße 15, im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. April, nachm. 4 Uhr, von der Halle der Bus-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 20. d. M. mein lieber Mann und guter Vater

Hermann Schmidt
nach schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetührt an

Hans Schmidt nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, See- u. Oda-Ring-Strasse, aus statt.

48/1

Am 19. April, nachm. 5 1/2 Uhr, verschied sanft nach mit Geduld getragenen schwerem Leiden mein innigstgeliebter, teurer Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Otto Handtke
im 31. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23., nachm. 3 Uhr, vom neuen Thomas-Kirchhofe, Hermannstraße, aus statt.

76/9

Freitag nacht entfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der Vater

Otto Matzdorf
im Alter von 44 Jahren.

Dies zeigt tiefbetührt an

Frau Marie Matzdorf, geb. Witte.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. April 1913, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofes, Stiegholzstraße, Trepptom- u. Baum-schulenweg, aus statt.

9/1

Dankagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.

Wine Güdler nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen hiermit unseren tiefgefühltesten Dank.

506b
Anna Schrödter und Sohn.

Ortskrankenkasse
der
Bureauangehörigen zu Berlin

Die für das Jahr 1912 gewählten Delegierten werden hiermit zu der am Dienstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes-Festsaal, Zebastianstr. 39, stattfindenden

General-Versammlung
eingeladen.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1912. 2. Beratung und Beschlußfassung über die neuen Satzungen nach der R.-R.-D. und über die Krankenordnung.
Berlin, den 1. April 1913.
Der Vorstand. 299/15
J. A. Bauer, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der
Bergolder
und Berufsgenossen.

Einladung
zu der am Dienstag, d. 29. April 1913, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelkestr. 15, stattfindenden

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1912. 2. Die zukünftige Gestaltung der Kasse. 3. Erziehung des Vorstandes (Arbeitsnehmer). 4. Wahl der Krankenbesucher. 5. Verschiedenes.
Delegiertenkarte legitimiert.
NB. Beschlüsse, welche verhandelt werden sollen, sind vorher schriftlich im Kassenlokal einzureichen. 299/18
Der Vorstand.
H. Küpper, Vorsitzender.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegin

Minna Kumm
welche im Betriebe der Berliner Bedürfnisanstalten beschäftigt war, verstorben ist.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Mittwoch, den 23. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

33/18 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 19. April, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unsere treuherzige Mutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Minna Kumm
geb. Engelke.

Dies zeigt tiefbetührt an

Familie Wilhelm Richter
• Otto Busch
• Fritz Busch
• Ewald Boese.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Bruders, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem 4. Berliner Reichstagswahlkreis, dem Berliner Zeitungsverein, dem 15. Turnungsbezirk, dem Sparverein „Stein und feste“, und dem Kreditverein „Humanität“, unseren besten Dank.

Frau Witwe S. Hölge
nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters **Wilhelm Jentsch** sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, dem 3. Bahndivision sowie den Sängern und dem Gen. Harndt unseren tiefgefühltesten Dank.

Frau Marie Jentsch
nebst Kindern.

493b

Todesanzeige.
Statt besonderer Meldung.

Von seinem langen, mit großer Geduld getragenen Leben erlöst am Sonntag, den 20. April, mittags 12 Uhr, der Tod meinen lieben, guten Mann, unseren guten Bruder, Schwager und Onkel, den Zigarrenarbeiter

Max Kiesel
im Alter von 49 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

Anna Kiesel-Mesch
geb. Engler.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Reinickendorfer Gemeinde-Kirchhofe, Humboldtstraße, aus statt.

Ortskrankenkasse
der
Bergolder
und Berufsgenossen.

Einladung
zu der am Dienstag, d. 29. April 1913, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelkestr. 15, stattfindenden

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1912. 2. Die zukünftige Gestaltung der Kasse. 3. Erziehung des Vorstandes (Arbeitsnehmer). 4. Wahl der Krankenbesucher. 5. Verschiedenes.
Delegiertenkarte legitimiert.
NB. Beschlüsse, welche verhandelt werden sollen, sind vorher schriftlich im Kassenlokal einzureichen. 299/18
Der Vorstand.
H. Küpper, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse
für das
Tapezierer-Gewerbe
zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung
am Dienstag, den 29. April 1913, abends 8 Uhr,
in den Industrie-Festsaal, Deutsch-Strasse 18-21.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1912.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezgl. Erteilung der Erlaubnis.
3. Beratung und Beschlußfassung über das nach der Reichsversicherungsordnung abzuändernde Statut.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Vertreter wird dringend ersucht.
Der Vorstand. 299/16
A. H. Ludwig, Vorsitzender.

Baugenossenschaft „Ideal“
Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haft.
Berlin-Neukölln
Ideal-Passage 18.
Ordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
i. d. Hohenstaufensälen (großer Saal), Kottbuser Damm 76.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht (Halbjahresbericht).
2. Berichterstattung des Revisionsberichts.
3. Bericht über die Bauaktivität in Preuß.
4. Neuwahlen von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.
Für den Ausschluß der Eintragung berechneten zur Teilnahme; Angehörige müssen im Segment Platz nehmen.
Für den Ausschluß: Franz Zaleski, Vorsitzender.
Für den Vorstand: C. Mücke, F. Gutschmidt.

Ortskrankenkasse
der
Kürschner
und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche
Generalversammlung
der Delegierten
am Montag, den 28. April 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls.
2. Jahresbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Beratung und Beschlußfassung über die neuen Satzungen gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
5. Sonstige Anträge und Beschlüsse.
Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.
Die zugehende Einladung legitimiert, ohne die sie kein Einlaß. 299/19
Der Vorstand.
C. Frise, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse
der
Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger chirurg. Instrumente
zu Berlin.

Ordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, den 30. April 1913, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11-12.

Tagesordnung:
1. Abnahme d. Jahresrechnung für 1912.
2. Bericht der Revisoren.
3. Beratung und Beschlußfassung über die Satzungen der Reichsversicherungsordnung.
4. Verschiedenes.
Die Herren Arbeitgeber werden hiermit eingeladen.
299/17 **Der Vorstand.**

Achtung! Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau!
General-Versammlung
am Mittwoch, den 30. April 1913, abends Punkt 7 1/2 Uhr, bei Feilicher (früher Krause), Schönwalder Str. 2

Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.
3. Aufstellung der neuen Satzung für die nach Artikel 15 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung am 30. Januar 1913 vom Oberverwaltungsamt Groß-Berlin zur allgemeinen Ortskrankenkasse angeordnete „Allgemeine Ortskrankenkasse“.
NB. Der Wichtigkeit des Punktes 3 der Tagesordnung halber ersuchen wir dringend, daß sich sämtliche Delegierte für das Jahr 1913, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, daran beteiligen.
Der Vorstand.
299/20 R. Appoldt, Vorsitzender.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 231. 7203.

Renofin
ist das neueste Reinigungsmittel für beschmutzte Hände.

Arbeiter jed. Berufes könn. mit Renofin ihre Hände in wenigen Sekunden tadellos sauber bekommen.
Preis 30 Pf. pro große Dose, zu beziehen durch die
Renofin-Fabrik, Berlin-Britz, Rudower Str. 54.
Proben werd. gratis u. franko gesandt. Vertret. in all. Fabr. ges.

Von **1** Mark an
liefern **1** elegante

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Josephi
JUNO
23
Cigarette
KL.

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18¹ Köln Laden.
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14² 2. Etage

Preußens Gewerbeinspektion.

Lärmend demonstriert das Scharfmachertum gegen Arbeiter... die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen die Konkurrenzfähigkeit der Industrie...

Was die wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahre anlangt, so stellen die Berichte fast übereinstimmend zwei Momente von entscheidender Bedeutung fest...

Besondere Maßnahmen zur Steigerung der Produktion notwendig. Die Unternehmer, Kommunen und private Vereinigungen organisierten den Massenbezug von Nahrungsmitteln...

Trotz der Lohnsteigerungen, vorwiegend ein Ergebnis intensiver und extensiver gesteigerter Arbeitsleistung, konnte die Arbeiterklasse ihre Lebenshaltung nicht verbessern...

Betonen wir noch, daß die Behörden den Ansprüchen der Unternehmer auf die Erlaubnis, Arbeiterschutzbestimmungen nicht beachten zu müssen, in wachsendem Maße entsprochen haben...

Doch eins fehlt noch! Die überaus große Milde der Gerichte gegenüber Verächtern der Arbeiterschutzgesetze. Dieselben Gerichte, die Arbeiter, welche im Kampfe um ihr bißchen Gerechtigkeit in die Hände der Justiz geraten sind...

Dem untrüben Gesamtbild geben die nachfolgenden Angaben die erforderliche Illustration.

Die Gesamtzahl der revisionspflichtigen Betriebe erhöhte sich seit 1910 von 155 530 auf 163 370 in 1911 und auf 169 609 im Berichtsjahre. In der gleichen Zeit erfuhr die Zahl der beschäftigten Arbeiter eine Steigerung von 3 249 005 auf 3 415 556 und für das letzte Jahr auf 3 579 771.

Jede kleine Verhärtung der Schutzbestimmungen beantwortet das Kapital mit Beh- und Hilferufen um seine Existenz. Die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder macht nach den Behauptungen der Unternehmer deren Weiterbeschäftigung unmöglich.

In dem Umfange der Revision ist keine Verbesserung, sondern sogar eine kleine Verschlechterung eingetreten. Im Jahre 1911 wurden von den Inspektionen der Beamten 84 861 Betriebe, gleich 51,9 Prozent der Gesamtzahl und 2 890 919 Arbeiter, gleich 84,6 Prozent aller Beschäftigten erfasst...

Die Beamten melden weniger ermittelte Zuwiderhandlungen. Es wäre falsch, daraus auf ein Nachlassen der Uebertretungen zu schließen. In sehr viele der rückständigsten Betriebe kommen die Beamten einfach nicht hinein und dort, wozu sie ihre Schritte lenken, weiß man Bescheid und richtet sich für den einen Tag auf den Besuch ein.

Aus diesen Veränderungen sind nur sehr bedingt Schlüsse auf eine Verbesserung zu ziehen. Bemerkenswerter Weise haben Verstöße materieller Natur zugenommen. Beispielsweise wurden 1910 in nur 200 Fällen Uebertretungen...

der Bestimmungen über die Beschäftigungsdauer von Kindern festgestellt, im Berichtsjahre jedoch 234 Fälle.

Wie die Berichte erkennen lassen, können die Behörden den Ansprüchen auf Ausnahmebewilligungen immer mehr entgegen. Es wurde Ueberarbeitszeit für Arbeiterinnen bewilligt: 1911 in 2183 Betrieben für 158 632 Arbeiterinnen...

Im Staate der Gottesfurcht und frommen Sitte, in dem die Orthodorie verbündet mit den Junkern und Scharfmachern das Jopeter führt, darf das Kapital in steigendem Maße die Arbeitskraft an Sonntagen ausbeuten.

Table with 3 columns: Year (1910, 1911, 1912) and rows for number of enterprises, number of persons, and total hours.

So sorgt man dafür, daß immer mehr Arbeiter nach kapitalistischen Gelüsten den Sonntag heiligen! Wenn den Unternehmern in so freigebiger Weise die Uebertretung der Schutzgesetze durch die Behörden erlaubt wird...

Was die vorstehenden Angaben bereits als betrübende allgemeine Tatsache herausstellen, das gilt in besonderem Maße von der Eisenindustrie und den viel umstrittenen, als Hüttenarbeiterchutz deklarierten Verordnungen.

Das Material läßt trotz seiner Mangelhaftigkeit unzweifelhaft erkennen, daß ein energischer Hüttenarbeiterchutz zu den dringendsten Aufgaben der Gegenwart gehört.

Bis zu welchem Grade der Wahlosigkeit das Ueberarbeiten betrieben wird, dafür liefert der Beamte folgende Einzelangaben: Im Berichtsjahre sind in nicht weniger als 19 583 Fällen mehr als 60 Ueberstunden in einem Monat geleistet worden...

So haben im Werke VI drei Arbeiter volle zwölf Monate hindurch monatlich ständig 60 oder mehr Ueberstunden, insgesamt im Jahre 3326 Ueberstunden, davon 1943 an Sonntagen, geleistet.

Scharfe Schutzbestimmungen und Verbesserungen der Inspektion durch Einführung von Arbeiterkontrolluren für die gesamte Gewerbeinspektion sind unerlässlich.

Die Beamten melden weniger ermittelte Zuwiderhandlungen. Es wäre falsch, daraus auf ein Nachlassen der Uebertretungen zu schließen.

Aus der Partei.

Zur Landtagswahl.

Im Landtagswahlkreise Renscheid-Solingen-Dennewitz sind folgende drei Genossen als Kandidaten aufgestellt worden: Hugo Landé, Rechtsanwalt in Elberfeld, Heinrich Limberg, Redakteur in Düsseldorf, und Otto Kneubühl, Redakteur in Duisburg.

Die holländische Wahlrechtsaktion.

Amsterdam, 18. April. (Fig. Ver.) Der sozialdemokratische Parteivorstand hat heute den Aufruf zu den großen Wahlrechtsdemonstrationen veröffentlicht, die die Wahlkampagne einleiten.

War der rote Dienstag (Demonstration gelegentlich der Parlamentsöffnung im Haag) vom Jahre 1912 ein Tag revolutionärer Kraft, so muß ihn der rote Montag vom Jahre 1913 als wirklicher revolutionärer Tag noch überreffen.

Der Beschluß des Direktorgremiums der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach einer Vertagung mit dem Vorstand des Gewerkschaftsverbandes gefaßt, und der dahin geht, die Arbeiter in Amsterdam, Rotterdam und umliegenden Orten ausrufen, massenhaft an der Wahlrechtsdemonstration teilzunehmen...

Wir eröffnen jetzt den Weg für die neue Aktion. Indem wir die Arbeiter in und um unsere beiden großen Handelsstädte, die Arbeiter in den Zentren unseres Großkapitalismus, aufzufordern zur Teilnahme an einer Demonstration an einem Arbeitstage...

Die Demonstration findet Montag, den 2. Juni statt!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

750 M. Geldstrafe

erhielt Genosse Fleißner als Verantwortlicher der „Dresdener Volkszeitung“, weil er einen Gerichtsschreiber durch die Behauptung beleidigt haben soll, daß dieser freilebende Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen versucht habe.

Polizeiwilktir zum Schutze des Militarismus.

Sechs Polizeibeamte hielten am 30. Dezember vorigen Jahres im Sekretariat der Bochumer Parteiorganisation eine Hausdurchsuchung ab. Gegenstand ihres Suchens war die Agitationschrift „Der moderne Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“

Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend.

Der Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend hat eine neue Blüte gezeitigt. In Hannover wurde auf Grund der §§ 1 und 17 des Vereinsgesetzes eine allgemeine Jugendversammlung verboten, in welcher Genosse Sonnemann aus Bremen über „Schule und Leben“ sprechen sollte.

Die Polizei hat hier — wie schon in Berlin und erst dieser Tage wieder in Reußlin — ohne weiteres eine allgemeine Versammlung zu einer politischen gestempelt, ohne daß sie vorher wissen konnte, was der Referent sagen würde.

Jugendorganisation in den Vereinigten Staaten.

Wie die Sekretärin des Landes-Frauenkomitees, Genossin Brandstetter, mitteilt, sollen der Revision des Nationalkongresses (Parteivorstandes) bestimmte Vorschläge zur Schaffung einer sozialistischen Jugendorganisation unterbreitet werden.

1. Berliner Landtagswahlbezirk. Öffentliche Wähler-Versammlung.

Mittwoch, den 23. April 1913, abends 8 Uhr,
im „Café Gärtner“, Holzsteiner Ufer 27/28 (Hansa-Viertel).

Tagesordnung:

Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Oskar Cohn.
Ansprache des Kandidaten, Redakteurs Hugo Pöschel.

Diskussion.

Der Abgeordnete Dr. Mugdan ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.
Das Landtagswahlkomitee. V. A.: Max Appel, Bülowstr. 53.

2. Landtagswahlbezirk.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

in der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

Tagesordnung:

1. Vortrag: „Ich bin ein Preuze!“

Referent: Dr. R. Breitscheid.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Wahlkomitee.

Achter Landtagswahlbezirk.

Öffentliche Wähler-Versammlung

am Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.

Der Kandidat Stadtverordneter Wilhelm Düwell
spricht über:

Die Volkserhebung 1913!

Heran, Ihr Männer und Frauen! Beweist durch Massenbesuch der Versammlung Euer Interesse am politischen Leben.

Das Wahlkomitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche.

Mittwoch, den 23. April, abends 6 Uhr,
in Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung der Metallbrücker

Mittwoch, den 23. April 1913, abends 8 Uhr,
in den „Corona-Prachtsälen“, Kommandantenstraße 72:

Branchen-Versammlung der Graveure und Ziselleure.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgeoffen.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgeoffen.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgeoffen.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Wähler-Versammlungen! 10. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr:
bei Kramer, Sussitenstraße Nr. 40.

Obiglo, Schwedter Straße 23
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str.

Bockbrauerei, Chausseestraße 68
Borussiasäle, Ackerstraße 6/7
Germaniasäle, Chausseestraße 110
Sophiensäle, Sophienstraße 17/18.

Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr:
bei Kramer, Sussitenstraße Nr. 40.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Der Preussische Landtag und seine
Bedeutung für das werktätige Volk.

2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner.
Referenten: Dr. Hermann Weyl, Clara Weyl, Dr. Oskar Cohn,
Hermann Obst, Emil Schröder, Karl Fromke, S. Weisse.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. V. A.: S. Joseph, Obmann.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin, Andreasstr. 17.
Mittwoch den 23. April 1913, abends 8 Uhr,
in folgenden Bezirkslokalen:

Bezirks-Versammlungen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Aktions-Ausschuss oder Gewerkschaftsparlament?
Diskussion und Wahl der Bezirksleitungen.

Andreas-Viertel: Nowottalek, Lange-
str. 30. Neuköllner Viertel: Kramer, Bienen-
str. 69.
Köpenicker Viertel: Pflaferstr. 2. Brunnen-Viertel: Gesellschaftshaus,
Swinemünder Str. 42.
Frankfurter Viertel: Wildner, Friedrich-
Karl-Str. 9/10. Fichtenberger Viertel: Poczotok, Rummels-
burg, Hauptstr. 87.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu diesen Versammlungen zu gehen, und
sogar dort, wo sie es nach ihrer Wohnung am nächsten haben. Die Versammlungen werden nur
durch den „Vorwärts“ bekannt gegeben, möge deshalb jedes Mitglied dafür sorgen, daß der „Vor-
wärts“ als tägliche Tageszeitung gelesen wird.

Alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen haben Zutritt, auch Nichtmitglieder unseres Verbandes.
Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es für guten Versammlungsbesuch zu sorgen.
Mit Gruß: Der Vorstand.

Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17.
Tel.: Amt Köpenick 13 414.
Empfehle keine Säle zu Versamm-
lungen und Festlichkeiten jeder Art.
Kleine und große Säle, großer Garten
mit festlicher Theaterbühne sowie
große Vereinszimmer stehen den ge-
eichten Gewerkschaften und Vereinen
jederzeit zur Verfügung. Urgeben!
Anton Boeker, Weberstraße 17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Dienstag, den 22. April 1913, abends 6 Uhr,
im Neuen Gesellschaftshaus (S. Perchner), Treptower
Chaussee 14 (direkt am Bahnhof Treptow):

Versammlung aller in der Flugzeug-Industrie Beschäftigten.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Funktionär-Konferenz über unsere Lohn-
bewegung. 2. Diskussion.
Kollegen! Es werden in dieser Versammlung sehr wichtige Angelegen-
heiten der Flugzeug-Betriebe verhandelt und ist es darum jedes Kollegen
Pflicht zu erscheinen. Jeder Kollege tue seine Pflicht und agitiere für den
Besuch der Versammlung. Dieselbe findet nicht am 8 1/2 Uhr, sondern
um 6 Uhr statt.

Mitglieder-Versammlungen.

Mittwoch, den 23. April 1913:
Kamm-, Haarschmuck-, Kragensläbchenarbeiter
und Arbeiterinnen

abends pünktlich 8 Uhr, bei Merkowki Nachf., Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
1. Vortrag: Welche Bedeutung haben die Landtagswahlen für
die Gewerkschaften? Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Buchner.
2. Diskussion. 3. Bericht der Zentralkommission. 4. Anträge zur General-
versammlung. 5. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter abends 8 1/2 Uhr bei Voeker, Weberstr. 17.
Tagesordnung:
Die gegenwärtige Situation im Jalousiegewerbe.
Zu dieser Versammlung ist das Erscheinen aller in der Jalousie-
fabrikation beschäftigten Arbeiter dringend notwendig.

Bodenleger abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15
Saal 3.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Donnerstag, den 24. April 1913:
Stellmacher abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosen-
thaler Straße 11/12.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Bedeutung der Fortbildungskurse.
Referent: Herr Schaefer. 2. Bericht vom 1. Quartal.
In dieser Versammlung gelangt unser neues Fachblatt zur Ausgabe.
Deshalb ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Rahmenmacher abends 6 Uhr im Dresdener Garten, Dresdener
Straße 45.
Tagesordnung:
Bericht über die Vertragsverhandlungen.
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4
(Arbeitslosenzimmer).

Korbmacher abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4
(Arbeitslosenzimmer).
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht über die Bewegung der Schm-
branche. 3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter. Kombinierte Versammlung.

Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr, in den Arma-
hallen, Kommandantenstraße 58/59:
Tagesordnung:
1. Vierteljahresbericht. 2. Stellungnahme zu der demnächst in Kraft
tretenden örtlichen Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Stellungnahme zur
Ratzeier. 171/9*

Die Kollegen beider Sektionen sind verpflichtet, an der Ver-
sammlung teilzunehmen. Die Ortsverwaltung.

Zengen gesucht!

Am 28. Februar d. J., früh 1/7 Uhr, entstand in einem
dem Gleisdreieck kommenden Hochbahnzuge in der Station
Warschauer Brücke Kurzschluss. Ich bitte die Fahrgäste, die
im ersten Wagen dieses Zuges saßen, möglichst um Angabe
ihrer Adresse, da ich bei diesem Unfall Schaden erlitten habe.
Alle Unkosten werden vergütet. 4556

Wilhelm Kümmel
jurzeit Helmstätte Bach.



J. Kurzberg, Mass-Schneidererei
Rosenthaler Str. Nr. 38, 1 | Frankfurter Allee 104, parterre | Rohnickendorfer Str. Nr. 4, 1
Hackescher Markt | Ecke Friedenstr. | am Weddingplatz

Um Irrtümer zu vermeiden, bitte ich genau
auf Straße und Hausnummer zu achten!

Die Ortsverwaltung.

Verband der Laubenkolonisten

Berlins und Umgegend

Geschäftsstelle: Franz Steinweg, Neukölln, Reuterstr. 34. Telefon 1220.

Morgen Mittwoch, 23. April, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentl. Laubenkolonisten-Versammlung

in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29 (großer Saal).

Tagesordnung: „Die soziale Bedeutung der Laubenkolonien“. Referent: **Dr. J. Moses.**

Laubenkolonisten Groß-Berlins! Der erfreuliche Aufschwung, den die Laubenkolonien trotz der Bedrückung durch das Generalpächtertum genommen haben, ist ein Beweis, daß die Laubenkolonien notwendig sind. Die Berliner Mietskaserne zwingt den Minderbemittelten draußen in der Laubenkolonie Licht, Luft und Sonne zu suchen. Laubenkolonisten, erscheint in Massen zu dieser Versammlung!

Der Verband der Laubenkolonisten erstrebt die Beseitigung des Generalpächtertums. Laubenkolonisten und -Vereine, schließt Euch dem Verband an!

Der Verband besitzt:

Eigene 11 tglg. erscheinende Fachzeitschrift:

„Der Laubenkolonist“.

Eigene Lauben-Feuerversicherung auf Grund des Umlageverfahrens denkbar billige Versicherung.

20 eigene Kolonien,

Pachtland im Norden, Osten, Süden. Eigene Landpacht-Gesellschaft G. G. m. B. H.

Auskunft in allen diesbezüglichen Angelegenheiten durch unsere Geschäftsstelle.

4365*

Zum Tode Carl Hagenbeck's
Sein Haupt- und Lebenswerk:
Von Tieren und Menschen
90. Tausend
hochinteressantes vornehmes Geschenktwerk 6 Mark eingebd.
Reich illustriert.
In allen Buchhandlungen.
Vita · Berlin · Charl.



Carl Hagenbeck

Ohne jede Anzahlung
erstklassiges Fabrikat
Pianos Flügel und Harmoniums
verkauft sich
sowie
gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter-Strasse

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Stoffe deutsch-engl. Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Voreckstr. 76, pl.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 22. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lammhäuser.
Königl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.
Urania. In den Dolomiten.
Mammerspiel. Einnahme von Berg-Op-Zoom.
Deutsches. Einmalige Menschen.
Deutsches Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Theater des Westens. Wiener Blut.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Das Buch einer Frau.
Kleines. Professor Reinhardt.
Deutsches Opernhaus. Martha.
Schiller O. Klein Dorrit.
Charlottenburg. Cyrano von Bergerac.
Königsgräberhaus. Hofherrschäftliche Wohnungen.
Kurfürsten-Oper. Das Parterremädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame X.
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.
Theater. Die Schenkeljäger.
Liesbesprobe.
Garten. Natur-Mittelmachen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stiller Sängers.
Walhalla. Parole Walhalla.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater an Kollendörffplatz. Extrazug nach Nizza.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der letzte Willk. Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Feste.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballlet: Hüt in St. Moritz.
Berliner Eispalast. Lebende Eisballleturen.
Sternwarte. Zwölfenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Das Buch einer Frau.
Theater am Kollendörffplatz
In allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: 4. Aufl. der Opernschule d. Sternschen Konsero.
Theater des Westens.
8 Uhr („Goldstümpche Preise“):
Wiener Blut.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.
Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Luisen-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zaza.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren.
Freitag, 8 Uhr: Benefiz Clara Bracco:
Vor 100 Jahren.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Alt-Heidelberg.**
(Karl Feins ... Harry Walden.)
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Eigeunerprimas.
ROSE-THEATER
Große Jeanstr. Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Zopf und Schwert.
Lustspiel in 5 Akten von R. Gutzkow.
Mittwoch: Zopf und Schwert.
Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank.
• Sein letzter Wille.
• Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 11-2 Uhr.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Admiralpalast Eis-Arena
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballlet
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Extrazug in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Klomfass.
Dreht von **Jean Gilbert.**
In Szene geföhrt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thiescher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Herrnfeld Theater
Schonzeit-Jäger.
Komödie in 3 Akten von
Anton u. Donat Herrfeld.
Liebesprobe.
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Walhalla-Theater.
Weinbergstr. 10/20. Täglich 8 1/2 Uhr.
Parole: Walhalla!
Große Ausstattungsstoffe.
Sorgsamkeiten haben täglich Gültigkeit.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Madame X.**
Sonntag 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**
Theater Königstadt-Casino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Ich komme von Herrn Meyer!
und das erstklassige
Spezialitäten-Programm.
Casino-Theater
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:
Der urkomische Possenspieler:
Arturs Flitterwochen
u. das glänzende erstklassige Programm.
Sonntagsnachm.: **C. diese Männer.**
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

Geöffnet 10-8 Uhr
Eintritt 50 Pl.
Kinder 20 Pl.
Das Kind
Aufführung in der Christophorus-Halle am Zoo
Ersch. 12. April-14. Mai
1913

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Philharmonisches Blasorchester
aus Mailand. Dirig. Maestro Lorato Tesona.
Musik des Kaiser-Franz-Regmts., Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pl. Anfang 8 Uhr.
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Passage-Panoptikum
DER **SKELETTMENSCH**
Das Wunder statistischen Veranschaulichens. **LEBEND!**
FUSSKÜNSTLER SARTON
Der armlose PAGANINI
Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree!
Kino-Theater
„Marienbad“
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant:
Heute großes Militär-Konzert.
Für den Inhalt der Anzeige übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängers.
(Meyer, Britten, Schrader.)
Anfang 8 Uhr,
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Die Lehrerschaft als Schutztruppe der Liberalen.

Für die Landtagswahlen werden in Berlin auch die Gemeindefullehrer wieder in den Dienst des Liberalismus gestellt.

In diesem Wahlbezirk, der seit 1908 im Besitz der Sozialdemokratie ist, darf für die Liberalen diesmal Herr Johannes Teus den Durchfallkandidaten spielen.

Unterzeichnet ist der Aufruf von einem Gemeindefullehrer; aber die Drahtzieher, die der Lehrerschaft die Wahlarbeit für den Liberalismus zur „Pflicht“ machen wollen, sind ganz wo anders zu suchen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Die Genossen und Genossinnen der 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10. Abteilung der Bezirke 143, 144, 234 der 2. Abteilung und der Bezirke 220 und 220a der 3. Abteilung werden ersucht, sich am Mittwoch, den 23. April, von 7 Uhr abends an zu wichtigen Parteiarbeiten in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathhäusern, Reimingerstraße 8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Duncker. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet.

Britz. Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr, in Veders Gesellschaftshaus, Chausseest. 37: Gemeindevahlerversammlung.

Am Donnerstag, den 24. April, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von den Bezirkslokalen aus. Die Wichtigkeit der Flugblattverbreitung erfordert es, daß sämtliche Parteigenossen zur Stelle sind.

Freiburg. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 65, statt.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 23. d. M., bei G. Schulz, Mühlenstraße 21, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Die hiesigen Gemeindevorsteher als Ehrenretter des Gemeindevorsteher Herrn Dr. Beyendorf.

Johannisthal. Heute Dienstagabend von den bekannnten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung zur Versammlung am Donnerstag.

Zossen. Am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Scherler: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Geschichte des Sozialismus. Referent Genosse Scholz, Reulöln.

Zegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus Zegel, Schloßstraße.

Bernau. Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Salzmann, Cassdorfer Straße: Wählerversammlung. Referent: Genosse Stadthagen. Tagesordnung: Wahlkampf — Wahlrechtskampf.

Berliner Nachrichten.

Eine „Garderobenfrage“.

Die letzten Töne von Meister Beethovens Missa solennis sind verklungen. Der Beifallsturm ist verhaucht. Das Publikum verläßt den Saal der Brauerei Friedrichshain. Oder vielmehr: Es möchte ihn verlassen. Draußen im Garderobenraum stauen sich die Massen. Unheimlich, ja nicht ungefährlich ist das Gedränge. Doch nicht durch die Schuld des Publikums. Kein böses Wort, kein rücksichtsloses Vordringen. Man benimmt sich — von verächtlichen Ausnahmen abgesehen — ruhig und besonnen. Und doch ist es da draußen fürchterlich. Jede Bewegungsfreiheit des einzelnen ist aufgehoben. Man ist nur noch ein unwillkürliches Atom einer drängenden, schließenden, wogenden Masse. Nicht aus eigenem Willen, sondern nur den Bewegungen der Masse, in die man eingekleidet ist, folgend, wird man bald vorwärts, bald rückwärts, bald nach rechts, bald nach links geschoben. Ist man nach dreiviertelstündigem Hin- und Herbewegen endlich in den Besitz seiner Garderobensacke gelangt, dann gilt es, die Beute mit erhobenen Armen über dem Kopf haltend, sich mit aller Kraft den Andringenden entgegen nach der Mitte des Raumes durchzuzwängen. Hier wird man wieder dem Strom der Massen erfasst und von ihm langsam, sehr langsam dem Ausgange zugeführt. Erst auf der Straße ist man wieder einigermaßen Herr seiner Bewegungsfreiheit. Am Saume des Friedrichshains, im rieselnden Aprilregen kleidet man sich an. — Man konstatiert: Abgerissene Ärmel, zerrissene Kleider, verbeulte Hüte und sonstige unangenehme Kleinigkeiten. Trotzdem atmet man erleichtert auf, denn es ist — ein Wunder kann man es fast nennen — ohne Klappenbrüche abgegangen.

So war es am Sonntag. So wird es wohl schon öfter gewesen sein, denn der Saal der Brauerei Friedrichshain ist ja häufig der Schauplatz massenhaft besuchter künstlerischer Veranstaltungen der Arbeiterklasse. — Läßt sich nichts tun, um die „Garderobenfrage“ so zu lösen, daß man ohne Gefahr für Leib und Kleidung seine Garderobe zurückbekommt? Unseres Erachtens gibt es ein einfaches Abhilfsmittel: Man öffne nach Schluß der Veranstaltung nicht alle drei nach der Garderobe führende Ausgangstüren des Saales, sondern nur die Mitteltür und halte die beiden seitlichen Ausgänge geschlossen. Durch

drei Ausgangstüren werden ohne Schuld des Publikums viel mehr Menschen in den Garderobenraum gedrängt als er zu fassen vermag. Vollaugt sich der Ausgang nur durch eine Tür, dann wird im Vorraum kein übermäßiges Gedränge entstehen und die Kleiderausgabe kann deshalb schneller und bequemer stattfinden gehen. Uebrigens kann man von der mittleren Saaltür den Vorraum gut übersehen. Möglichenfalls könnten einige hier aufgestellte Ordner für eine gewisse Regelung des Verkehrs vom Saal nach außen sorgen, was ja bei dem Verständnis, welches das Publikum unserer Kreise für allgemeine Interessen hat, nicht schwer sein wird.

Vielleicht macht man bei nächster Gelegenheit einen Versuch mit diesem Vorschlage.

Gardinenzwang.

„Gardinenzwang“ führt jetzt ein Teil der Berliner Hauswirte in den Mietsverträgen ein. Es sind in den letzten Jahren allgemein unter den Mietern immer mehr Klagen laut geworden über den Werkstattbetrieb der Konfektions- und Zwischenmeister in Wohnungen. In manchen Stadtvierteln haben sich diese Zwischenmeister zu vielen Hunderten Haus bei Haus niedergelassen. Sie mieten meist größere Wohnungen, wohnen diese durch ihren Betrieb sehr schnell ab und bringen in das Haus starke Unruhe. Das Wohnen über, unter und neben diesen Werkstattbetrieben, die oft bis in die späte Nacht hinein im Gange sind, gehört nicht zu den häuslichen Annehmlichkeiten. Nach der Straße zu ist der Werkstattbetrieb sofort durch die Gardinenlöcher, oft mit Plakaten besetzten Fenster erkennbar. Die gegenüber wohnenden Mietsparteien haben nicht gerade die beste Aussicht mitten in die Arbeitsflut hinein, die abends grell beleuchtet ist. Viele Hauswirte verlangen nunmehr kontraktlich, daß die Fenster solcher Wohnungen mit Gardinen versehen werden, setzen auch dem ruhestörenden Handmaschinenbetrieb eine zeitliche Grenze. Wo diese Bestimmungen nicht innegehalten wurden, sind schon Kündigungen erfolgt.

Wittpahl's „sozialdemokratischer Stellennachweis“.

Wir berichteten in Nr. 89 über einen gewissen Franz Wittpahl (Berlin, Kreuzbergstr. 3, Seitenflügel 3 Treppen), der an Stellensuchenden verdienen möchte. Er hält es mit den Stellensuchenden, die selber in Zeitungen annoncieren und dabei ihre Adressen angeben. Ihnen schickt er Offerten, durch die er sich als Inhaber eines „Stellennachweises“ empfiehlt. In Nr. 89 veröffentlichten wir den Wortlaut einer vom 9. April 1913 datierten Wittpahl'schen Offerte. Sie war einem Stellensuchenden zugegangen, der in der „Notgenpost“ annonciert hatte. Die uns vorgelegte Offerte trägt die Aufschrift „Franz Wittpahl's sozialdemokratischer Stellennachweis“ und spricht von „Genossen“. Gegenüber dieser edlen Dreistigkeit Wittpahl's stellen wir fest, daß er in keiner Beziehung zur sozialdemokratischen Partei steht.

Von einem Leser unseres Blattes, der schon im vorigen Jahre als Stellensuchender an Wittpahl geriet, erfahren wir jetzt noch Näheres über den Geschäftsbetrieb des Mannes. Nachdem der Stellensuchende in einem bürgerlichen Blatt unter Angabe seiner Adresse annonciert hatte, erhielt auch er eine Offerte von Wittpahl. Er ging hin und wurde belehrt, daß er schriftlichen Gesuchen um Stellen seine Zeugnisse beilegen müsse und bei Wittpahl für 2,50 M. fünfzig Abschriften der Zeugnisse haben könne. Der Stellensuchende ließ sich darauf ein, und für die 2,50 M. wurde dann ein Kufler eines Beiverordnungs-Schreibens dazugegeben, sowie die Adressen einiger Firmen, bei denen er sich um Stellung bewerben sollte. Sache des Stellensuchenden war nun, zu sehen, daß er eine Stellung bekomme. Wittpahl hatte ihm die vorausbezahlten Zeugnisabschriften überhand mit einem Begleitbriefchen, das bei Bedarf weitere Adressen gegen Zahlung von 30 Pf. („für Porto und Schreibgebühren“) anbot. Außerdem empfahl er, in Leihhallen zu gehen und in den Zeitungen nach Stellenangeboten zu suchen, auf die der Stellensuchende sich dann melden müsse. „Der Erfolg wird ein sicherer sein“, schloß Herr Franz Wittpahl.

Von anderer Seite sind uns Mitteilungen über eine noch weiter zurückliegende Tätigkeit Wittpahl's zugegangen. Er soll früher in Dirschau gewohnt haben. Kennt einer unserer Leser ihn von dort her?

Max Kiesel.

Ein äußerst rühriger Genosse hat am Sonntag im Reinidendorfer Krankenhaus die Augen für immer geschlossen: Max Kiesel. Von Beruf Zigarrenarbeiter, fürchte sich Max Kiesel schon im jugendlichen Alter in die proletarische Bewegung. Von leidenschaftlichem Idealismus für die sozialistische Sache erfüllt, vertiefte sich Max Kiesel in unsere Literatur und schuf somit den Untergrund, auf den er später in der Organisation und Agitation bauen konnte. Bald sehen wir den Feuerkopf von dem Vertrauen der Genossen getragen an die verantwortungsvollsten Stellen in der Partei gestellt. Sein Wirkungskreis war vornehmlich der 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Hier war Max Kiesel gewissermaßen zu Hause. Hier stellten ihn die Genossen an die Spitze der Organisation und jahrelang stand Max Kiesel als Vorsitzender der Wahlkreisorganisation vor. Alle Mäßen der Kleinarbeit in der Organisation nahm Kiesel auf sich, wie die große Masse derer, die ungenannt treu und brav Tag für Tag für unsere Ideale wirken und dadurch unsere Erfolge verbürgen. Max Kiesel verfügte über eine gute Redegabe und sehr oft gelang es ihm, durch seine Leidenschaftlichkeit die Massen fortzureißen und zu begeistern. So hat Kiesel auch als Agitator unserer Sache, die ihm heilig war, gute Dienste geleistet und auch sein Teil für Ausbreitung der sozialistischen Ideen beigetragen, die rein zu erhalten ihm eine sehr ernste Sache war. Wiederholt sandten ihn die Genossen des sechsten Kreises als Delegierten nach den deutschen Parteitagen und beauftragten dem Verstorbenen dadurch ihr Vertrauen. Aber nicht nur auf politischem Gebiete wirkte Max Kiesel. Eingedenk der Tatsache, daß auch die gewerkschaftliche Bewegung als Mittel für die Befreiung der Arbeiterklasse vom ökonomischen und politischen Joch in Frage kommt, war Max Kiesel ein eifriger Anhänger seiner gewerkschaftlichen Organisation. Gerade er wußte, wie notwendig die Verbesserung seiner miserabel entlohnenden Kollegen in der Tabakindustrie und ihre politische Aufklärung war, und deshalb setzte Max Kiesel bei keiner größeren Aktion der Tabakarbeiter Berlins. Und nicht bloß in Berlin wirkte Kiesel, sondern auch weiter hinaus in die Provinz ging seine Tätigkeit, hier wie dort die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in berebeter und überzeugender Weise dargelegt. Aber der Tätigkeit des rastlosen Mannes sollte bald ein Ziel gesetzt werden. Eine schleichende Krankheit gebrachte dem energiegelassen Kiesel und nötigte den ohnehin auch mit materiellen Sorgen kämpfenden, seine agitatorische Tätigkeit etwas einzugehen. Trotzdem hat Kiesel, der seit fünf Jahren schwer litt, nie ausgepasst. In diesem Jahre finden wir den schwer Leidenden immer wieder in der Agitation für seine Berufsorganisation, in der er als Gauleiter

wirkte, und mehr wie einmal sehen wir in dieser Zeit Max Kiesel auf den Brettern, unter Uebervindung der größten körperlichen Schmerzen seine Kollegen für die Organisation begeistern. Er wollte sich nicht unterkriegen lassen. Doch am 8. April rafft er sich auf, um in einer Versammlung in Reinidendorf eine stammende Anlage gegen den Küstungsbauverein zu schleudern. Aber die Krankheit fraß weiter. Am Freitagabend mußte der schwermütige Mann das Krankenhaus aufsuchen und bald darauf raffte ihn der Tod hin. Eine chronische Lungenentzündung in Verbindung mit anderen Leiden setzte dem Leben ein Ziel. Mit ihm hat ein Mann die Augen für immer geschlossen, welchem die Partei und die Gewerkschaft alles galt und denen er sein Bestes gegeben.

Die Genossen, die Max Kiesel gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 4 Uhr auf dem Reinidendorfer Gemeindefriedhofe, Humboldtstraße, statt.

Ein gefährlicher Kinderfreund.

treibt in den nördlichen Vororten sein Unwesen. In Reinidendorf, Bittenau, Vorfigwalde lockt ein junger etwa 20jähriger Mann Schulmädchen an sich, die er dann nach entlegenen Stellen führt und sich dort an ihnen zu vergewaltigen versucht. Der Unhold bedient sich eines Rades, auf dem er dann schleunigst die Flucht ergreift. Vorgefesselt lockte der Bursche in der Adernallee in Bittenau die neunjährige Felba Deilage an sich und bot der Schülerin an, sie ein Stück auf seinem Rade spazieren zu fahren. Das Mädchen ging auch auf den Vorschlag ein und der Stadtfahrer fuhr durch mehrere Straßen nach dem alten Kirchhof. Hier sprang der Mann plötzlich ab, warf das Mädchen zur Erde und versuchte es zu vergewaltigen. Auf die Hilferufe des Kindes, das sich energisch zur Wehr setzte, eilte eine Frau herbei, die sich zufällig in der Nähe aufhielt. Beim Herannahen der Frau schwang sich der Bursche auf sein Rad und jagte davon. Glücklicherweise hatte der Unhold keine Ahnung nicht ausführen können. Das überfallene Kind hatte am Halse schwere Würgemerkmale aufzuweisen und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Leider vermag die kleine keine genaue Personalbeschreibung des Täters zu geben, doch sieht es sehr, daß in allen Fällen derselbe Täter in Betracht kommt.

Kaninchenbraten ist auch ohne die Schöneberger Karnickelfarm infolge der anhaltenden Fleischsteuerung seit Jahresfrist eine Arbeiterdelikatesse geworden. In zahlreichen kleinen Kaufhäusern und Gastwirtschaften werden Kaninchen mit und ohne Fell zum Verkauf feilgehalten. Ebenso stehen Speisen, die aus Kaninchenfleisch zubereitet sind, jetzt vielfach auf den Speisekarten kleiner, vorwiegend aus Arbeiterkreisen besuchter Restaurants. Die gewerkschaftlichen Kaninchenjäger, die mit Freitagen oder Flinte arbeiten, haben gute Tage. Sie werden für geringes Entgelt oder oft unentgeltlich gern auf ländlichen Grundstücken, wo die Kaninchenplage überhand genommen hat, zugelassen. Auch die Landbewohner selbst machen sich die Konjunktur zunutze und senden ihre Beute zum Verkauf nach Berlin. Auf dem Tische des Herrn Landwirtschaftsministers wird ja deshalb noch lange kein Ragout von Karnickel vertreten sein.

Ein gefährlicher Wohnungsbrand kam gestern abend in der Warschauer Str. 45 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr anderthalb Stunden. Das Feuer hatte seinen Herd in einer Wohnung des dritten Stock und führte in kurzer Zeit eine starke Verqualmung der Wohnungen im vierten Stock herbei. Als die Feuerwehr eintraf, war ein Vordringen bis zum vierten Stock über die verqualmten Treppen nicht mehr möglich. Brandmeister Schund ließ daher einen Sauerstoffschutzhelm in Benutzung nehmen, und der damit ausgerüstete Sapeur drang nach dem vierten Stock vor und sorgte für den Abzug des erstickenden Raumes. Die Mieter des 4. Stock hatten alle Fenster nach der Straße geöffnet und lehnten sich aus dem Fenster, um frische Luft zu bekommen. Die Wohnungen waren vollständig verqualmt. In der brennenden Wohnung im 3. Stock hielt sich niemand auf. Das Feuer, das Betten und Möbel erfasst hatte, wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht. Gätten die Bewohner des 4. Stock die Ruhe nicht behalten, so hätte es leicht zu einer Katastrophe kommen können.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Friedrichshain zugetragen. Die zwanzigjährige Verkäuferin Emmy Heinrich, Söwinmünder Str. 118 wohnhaft, kam die Straße am Friedrichshain entlang gegangen und beabsichtigte dann nach dem Königstor einzubiegen. Als sie an der Kreuzung den Fahrdamm überschritt, wurde sie von einem Motorwagen der Linie 74 erfasst, zu Boden geworfen und eine Strecke mitgeschleift. In bestmöglicher Zuflande brachte man die Verunglückte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo neben schweren inneren Verletzungen auch eine Gehirnerschütterung bei ihr festgestellt wurde.

Zu dem Goldwarediebstahl im Warenhaus Tich am Alexanderplatz wird mitgeteilt, daß der Täter als der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Ernst Dide verhaftet wurde und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Es war aufgefallen, daß Dide nur noch wenige Schmutzflecken und trotzdem auch nicht viel Geld mehr besaß. Man dachte deshalb erst, daß er noch einen Teil der gestohlenen Schmutzflecken irgendwo versteckt habe. Das ist aber nicht der Fall. Schneller und leichter, als man es für möglich gehalten hatte, ist es dem Dide gelungen, seine Beute zu Geld zu machen. Der Diebstahl wurde schon eine halbe Stunde nach der Verhaftung in der Nacht um 1 1/2 Uhr entdeckt und der Verdacht fiel sofort auf Dide. Die Kriminalpolizei benachrichtigte unverzüglich schon am frühen Morgen alle Juweliere und Altwarenhandler, teilte ihnen auch mit, daß der Dieb Dide heilig und beschützt diesen und seine Wertstücke. Trotzdem kauften hiesige Juweliere bald darauf dem Täter, der sich mit seinen Papieren auf den Namen Dide auswies, alles ab, was er anbot, ohne auf die polizeiliche Warnung zu achten. Sobald Dide das Geld in der Tasche hatte, bestellte er seine Geliebte durch Rohrpostbrief zum Kaufmann nach einer Konditorei in der Nähe ihrer Wohnung. Vor dem Stellbuchein aber las er abends in einem Café einen Bericht über seine Tat und darin eine Bemerkung, aus der hervorging, daß die Kriminalpolizei ihn als Täter konnte. Jetzt kümmerte er sich nicht mehr um seine Beute und die Verabredung mit ihr, fuhr vielmehr schleunigst nach einem Vorort und von dort aus nach Hannover. Die Kriminalpolizei, die von dem verabredeten Stellbuchein Kenntnis erhalten hatte, wartete in der Konditorei vergeblich auf ihn. In Hannover warf Dide mit dem Gelde so um sich, daß er der Kriminalpolizei, die von hier aus schon benachrichtigt war, sofort auslief. So wurde er bald ergriffen.

Auf offener Straße erschossen hat sich in der Nacht zum Sonntag der 18 Jahre alte Arbeiterbursche Willi Eiser aus der Quisenstraße 4/5. Eiser war früher ein anständiger und gutmütiger Junge. Nach einem Unfall vor zwei Jahren änderte sich sein Wesen. Damals slog ihm bei der Arbeit ein Stück Holz gegen den Kopf. Seitdem war er zu nichts Nützlichem zu gebrauchen. Nachts um 1 Uhr schoß er sich in der Badstraße vor dem Omnibusdepot eine Kugel in die rechte Schläfe und war sofort tot.

Verloren. Der eheliche Finder, welcher am Freitagabend auf Station Lichtenberg-Friedrichshain aus Zug 5,88, letzten Wagen ein braunes Paket verheerlich mitnahm, wird höflich gebeten, dasselbe dem Verlierer zurückzugeben, da es ersatzpflichtig ist; der Inhabt ist für jeden anderen wertlos. Abzugeben an Kurt Schön, Friedrichshain, Waldseeferstr. 74, Seitenflügel II rechts.

Zeugenschaft. Personen, welche den Vorgang, der sich am 7. März abends 11 Uhr nach Schluß einer Jugendversammlung in der Kopenstraße abgepielt hat, beobachtet haben, werden dringend gebeten, ihre Adresse umgehend an Alex. Rollentin, Kopenstr. 81, vorn IV bei Weiling, abgeben zu wollen.

Lufftheater. „Jaza“, die Titelheldin des gleichnamigen Stücks, haben schon so manche berühmte Sängerinnen zu einer ihrer Paraderollen erfahren. Und das ist begreiflich; denn darin läßt sich so recht nach Herzenslust und mit wenig Talent und viel stillendem Pathos „loslegen“. City Severa freilich scheint dieser Aufgabe noch nicht gewachsen zu sein. Ihre „Vollständerin“ machte manchmal den Eindruck eines Gedenks an dem G. gezeichneten Bassisten. Gleichwohl zeigte sie im vierten Aufzuge, da, wo sie sich mit ihrem Liebhaber Verton auseinandersetzt, Momente einer erfreulichen Charakterisierung. Die von Selma mit tiefender Resignation, die Jaza im Schlußakt zum Ausdruck zu bringen hat, blieb aber doch allzu besangenen in den Bindeln fanfantoneller Deklamierung. Es ist doch zu überlegen, ob die Regie nicht energischer nachhelfen muß, um aus dem Ensemble was gutes zu machen. Die kleine Edelgard Mandel gab das Plappermäulchen „Toto“ mit herzerfreudender Unbefangenheit und wurde dafür durch Ueberreichung einiger Süßigkeiten belohnt.

Rennen auf der Olympiabahn. Das am Sonntag verregnete 100-Kilometerrennen um den Olympia-Preis (1500, 1900, 1000, 800 und 700 M.) konnte am Montagabend zu Ende gefahren werden. Das Rennen gestaltete sich zu einer Triumpfhochzeit für A. Stellbrink, der vom 20. bis 40. Kilometer die Bahnreliefe drückte, dann aber zu einem Radwechsel gezwungen war. Von seinem Schrittmacher Krüger gleich wieder in Schwung gebracht, hatte er nur eine Runde eingebüßt, die er vor seinem härtesten Gegner Kettelbeck voraus hatte. Letzterer gab sich rechtliche Mühe, seinen Landsmann zu überholen, aber alle Angriffe blieben erfolglos, er bleibt bis zum 70. Kilometer mit 400 Meter Abstand hinter Stellbrink. Dann lassen die Angriffe Kettelbecks nach und bis zum Schluß läuft er 1410 Meter ein. Stellbrink hat sich den Bahnreliefe wieder bedeutend genähert, kann sie aber nicht unterbieten. Unter kläglichem Beifall fährt Stellbrink seine Ehrenrunde. Von den übrigen Teilnehmern hielt sich Moran am besten, er blieb 3430 Meter zurück, Böschlin 5170 Meter und Ebert gab beim 80. Kilometer das Rennen auf. — Ein vorangegangenes Vorgabefahren konnte Katt als Palmann nicht holen, er endete auf dem zweiten Platz hinter Behrendt (300 Meter Vorgabe); 3. Fium (15); 4. Jofel (270).

Vorort-Nachrichten.

Die Abteilungslisten für die Wahlmännerwahlen

liegen in den nächsten Tagen in den einzelnen Stadt- und Landgemeinden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Innerhalb der Auslegungsfrist kann gegen die Richtigkeit derselben mündlich oder schriftlich Einspruch erhoben werden.

Die Listen liegen aus für Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 23. Donnerstag, den 24., und Freitag, den 25. April, während der Tagesstunden, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags im Wahlbureau, Gasheinerstr. 11, 2 Treppen.

Tempelhof. Vom 24. bis 26. April, im Zimmer 8 des Gemeindehauses, Dorstr. 43, in der Zeit von 8-3 Uhr.

Brig-Budow. Im hiesigen Wahlbureau, Chausseestraße 50 (Eintwohnermeldeamt) am 24. 25., 26. April, während der Dienststunden von 8-1 Uhr vormittags und von 2-4 Uhr nachmittags, am Sonntag den 27. April, von 10-12 Uhr nachmittags.

Neukölln. Am Sonntag, den 27. April, von 1-5 Uhr nachmittags, am Montag, den 28. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, und am Dienstag, den 29. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends und zwar 1. in der Turnhalle der Gemeindefabrik, Weiserstraße 12-13, für die Wahlbezirke 1-24 und 70-77; 2. in der Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 209-210, für die Wahlbezirke 25-35, 92-99, 81, 93-95 und 110-113; 3. in der Turnhalle der Realschule, Weddingerstraße 34-41, für die Wahlbezirke 78, 79, 82-83, 96-100 und 117-126.

Schöneberg.

Die Gewerkschaftskommission nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst einen kurzen Vortrag über die Bedeutung freier Fortbildungsläufe für Arbeiter entgegen. Der Unterricht, der sich hauptsächlich auf die weitere Ausbildung im Rechnen, Schreiben, Zeichnen und Lesen erstrecken soll, findet in Charlottenburg, Schloßstr. 2, statt. Dort werden Schüler angenommen. Alsdann berichtete Genosse Gensel aus der Arbeitsamtsdeputation, daß in einigen Fällen Arbeitslosen die Unterführung nicht angezählt worden sei, angeblich weil eigenes Versehen der Arbeitslosigkeit vorgelegen habe. Wie der Redner in einzelnen nachwies, hat sich diese Annahme als unzutreffend erwiesen. Ein Antrag der Zimmerer, die Abstemplung von 8-9^{1/2} und von 12^{1/2}-2 Uhr vorzunehmen, sei angenommen worden. Am 1. Mai soll mittags eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten werden. Es fehlten die Vertreter der Schneider, der Auswirtsstellen und der Friseurgehilfen.

Für den Verein Jugendheim sind eingegangen von den Arbeitern der Firma Witz u. Genest 100 M., von den Brauereiarbeitern der Schloßbrauerei 48 M.

Neukölln.

Durch einen Sturz aus dem Fenster verlor sich gestern vormittag die Arbeiterin S. aus der Warthestraße das Leben zu nehmen. Das Mädchen, das in einer Metallwarenfabrik in der Juliusstraße beschäftigt war, leidet an Krämpfen und fand trotz aller Versuche keine Heilung. Als es gestern vormittag gegen 11 Uhr auf der Arbeitsstelle wieder einen Anfall nahen fühlte, eilte es die Treppe hinauf und sprang aus dem Fenster in den dritten Stock auf den gepflasterten Hof hinab. Mit zerstückelter Stirn und gebrochenen Beinen wurde die Unglückliche nach dem Krankenhaus in Budow gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegt.

Röpenitz.

Den Bericht des Vorstandes erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins der Vorsitzende Heinz W. H. v. Aus demselben geht hervor, daß die Mitgliederzahl um 29 gestiegen ist. Nach dem Kassendbericht war am Beginn des Geschäftsjahres ein Kassenbestand von 194,54 M., am Schluß desselben ein solcher von 244,44 M. vorhanden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Wähler als erster, Müller als zweiter Vorsitzender. Nebling Kassierer, Lorenz Schriftführer, Weisheit; Hübner und Frau Schmidt. Neuzugewonnen wurden 11 Mitglieder. Gegen das bisherige Mitglied Kauchert sollte ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden, weil derselbe Mitglied des Rotterdams geworden ist. L. ist indessen durch Austritt zurückgekommen, nachdem die Zahlstelle in seinem Lokal aufgehoben ist. Genosse Herbst verließ nach auf die von der Stadt neuangeordnete Jubiläum, in welcher jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr gegen ein Entgelt von 1 M. in Behandlung genommen wird. Zum Schluß forderte Genosse Schubert zu reger Beteiligung an der bevorstehenden Reise auf.

Landshut.

Ein künstlerisches Programm soll in diesem Jahre bei der Reise am hiesigen Orte geboten werden. Es wirken dabei mit unter Leitung des Herrn Dopfernängers Eugen Wolff Fräulein Eleonore Rangabé, jugendliche dramatische Sängerin vom städtischen Theater in Umlitz, Frau Annie Sander vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, Frau Dr. Clara Wolff, Pianistin von der königlichen Hofkapelle für Musik, Herr Erich Bernsdorff, lyrischer Tenor vom Stadttheater in Düsseldorf, Herr Heinz Sarno, Schauspieler vom Belle-Alliance-Theater in Berlin. Außerdem hat der Musiklehrer Paul Witz-Schöne seine Mitwirkung zugesagt. Die künstlerische Leiter

beginnt pünktlich 7^{1/2} Uhr bei Prospekt, Viktorstraße. — Am Nachmittag findet dort außerdem Gartenkonzert statt; ferner Kinderfestungen allerlei Art und Reigenfahrten der Arbeiter-Kindergarten.

Ober-Schönebrunn.

Für eine Eingemeindung nach Lichtenberg sprach sich, wie berichtet wird, der hiesige Grundbesitzerverein in der letzten Versammlung aus. Nachdem die kommunalen Vereine in Karlshorst und Friedrichshagen sich bereits mit Lichtenberg wegen einer Eingemeindung in Verbindung gesetzt hätten, sei auch für Ober-Schönebrunn eine solche die einzige Möglichkeit, die Zukunft der Gemeinde sicherzustellen, zumal auch die territoriale Entwicklung dieses Ortes begrenzt sei.

Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Arbeitgeberbeisitzer zum Gewerbeamt wurden für die Liste I (Freie Liste) 92 Stimmen und für die Liste II (Großindustrielle) 152 Stimmen abgegeben. Es entfallen demnach auf die Liste I vier und auf die Liste II sechs Kandidaten.

Reinickendorf-West.

Zu der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Vahr den sich über drei Quartale erstreckenden Vorstandsbericht. Hervorzuheben ist aus demselben, daß am 31. März ein Mitgliederbestand von 627 männlichen und 177 weiblichen (i. S. 571 männliche und 177 weibliche) vorhanden war. Der Abonnementstand des „Vorwärts“ beträgt 931 (886); die Bibliothek weist 267 (240) Bände auf. Der vom Bildungsausschuß im Oktober arrangierte Serienvortrag „Vom Arbeiter zum Menschen“ war durchschnittlich von 206 Personen besucht. Zur Frage der Reorganisation der Jahlabende wurde das gemischte Kassiersystem eingeführt, so daß nach dreimonatlicher Kettierung Hauskassierung stattfindet. — Genosse Vahr mußte leider darauf hinweisen, daß die Beteiligung an der Parteiarbeit oft zu wünschen übrig lasse, seine Worte klangen in die Richtung aus, besonders zu den kommenden Landtagswahlen der Partei sich zur Verfügung zu stellen, um weitere Kreise in das Dreiklassenhaus zu legen. — In den Vorstandsbericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in welcher die Redner ihr Einverständnis mit dem Bericht zum Ausdruck brachten, jedoch einzelne Wünsche der Berücksichtigung des Vorstandes empfahlen. — Der vom Genossen Vahr gegebene Stoffbericht schließt mit einer Einnahme von 4218,25 M. und einer Ausgabe von 3511,85 M. ab. Die Berichte der einzelnen Kommissionen liegen einem wesentlichen Fortschritt erkennen. — An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Bibliothekars Genossen Heinrich wurde Genosse Reuhoff gewählt. Die Neuwahl der Bezirksleitung soll erst nach der Landtagswahl vorgenommen werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Pantow. Dienstag, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Breitenstraße 24/25.

Reinickendorf. Donnerstag, den 24. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 83, neuer Sitzungssaal (2 Treppen).

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Hausagrariar-Wünsche.

Im industriellen Westen herrscht ein großer Wohnungsmangel. Für die Arbeitermassen, die sich dort zusammenballen, werden nicht so viel Wohnungen gebaut, wie nötig sind. Ganz besonders schlimm steht es in Elberfeld-Warmenau. Während nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes der Stadt Köln im Jahre 1912 in Hamburg 6,9 Proz., in Berlin-Wilmersdorf 6,4 Proz. und in Berlin-Schöneberg 3,4 Proz. Wohnungen leer standen, waren es in Elberfeld nur 0,6 Proz. Von diesen sind ein Teil nicht zu bezahlen und ein anderer Teil nicht zu bewohnen. Die Folge dieser furchtbaren Wohnungsnot ist natürlich, daß die Hausbesitzer nicht nur horrenden Mieten fordern, sondern sich auch noch sonst allerhand erlauben können. Die Vorkämpfer, die manche Hausbesitzer ihren Mietern machen, muten denn auch sehr oft als Beleidigung zu Miethältern an. Daß in manchen Mietverträgen die Vorschriften enthalten ist, daß alle Bewohner eines Hauses nur von einem Bäcker oder einem Milchhändler ihr Frischbrot beziehen dürfen, fällt schon gar nicht mehr auf. Aber selbst für Elberfeld-Warmenau Verhältnisse etwas stark ist das, was ein Hausagrariar namens Friedrich Riechen in Barmen, Herzogstraße, seinen Mietern (wörtlich) in den Vertrag schreibt: „In die erste zwei Monate bei Antritt der Wohnung die Decke zu säubern, die Zimmer zu tapezieren und die Fußböden zu streichen. Sodann ist zweimal im Jahre Hausputz und zwar von 15-20 Febr. 15-20 Aug. Gemeinlichlich auch ist der Reihensfolge nach die Kellertreppe zu putzen. Es wird hier nicht gestattet, daß ein Milchbauer, Bäcker, Metzger oder sonst ein Geschäft es mag heißen wie es will in meinem Hause hereinkommt.“

Sämtliche Sachen müssen an der Haustüre angenommen werden. Es darf des Morgens von 7 Uhr und des Abends nach 10 Uhr nicht mehr geschellt werden. Die Fußböden in den Zimmern müssen mit klarem Wasser gereinigt werden. (Nicht mit Seife.) Die Türen und Fußleisten ebenfalls mit klarem Wasser gereinigt. Auch muß jeden Morgen die Treppe und Klosett mit klarem Wasser gesäubert werden. Es müssen auch der Reihensfolge nach gute saubere Gardinen an die Fenster aufgehängt werden. Der Mieter verpflichtet sich der Hausordnung vollständig nachzukommen.“

Diese Vorschriften des gemüthlichen Hauswirts sind nun nicht etwa für eine Villa oder ein herrschaftliches Haus, sondern für Proletarierwohnungen. Daß Herr Riechen nicht gut auf die Milchbauern, Bäcker und Metzger zu sprechen ist und denen den Eintritt in „sein“ Haus verweigert, hat seine praktische Ursache darin, daß er selbst einen Kolonialwarenhandel betreibt und „seine“ Mieter deswegen ihre Bedürfnisse bei ihrem Hausherrn zu decken haben. Aber der Mann ist doch immer noch so liberal, daß er wenigstens den Mietern noch das Betreten der Wohnungen gestattet. Und das ist bei der herrschenden Wohnungsmisere doch wenigstens noch ein Vorzug.

Auf Freiersfüßen.

Der wohlgestimmten Presse und ihrem männlichen und weiblichen Kaffeehändlermanhang ist die schwere Sorge, wen eigentlich der seinen Rolle entnommene König Manuel seien werde, genommen worden. Aus Sigmaringen kommt die Nachricht, daß der König a. D. sich mit der Prinzessin Auguste Viktoria, Tochter des Fürsten Wilhelm von Dohngolzen, verlobt habe.

Wir freuen uns des Entschlusses, denn es ist immer erfreulich, wenn ein junger Mann, der sich die Hörner abgetoht hat, an der etwas solideren Ehe Geschmeid gewinnt. Und Manuel hat sich die Hörner abgerannt. Wir haben die Zuversicht, daß er, nachdem er die leichtfertigen französischen Sitten bei der Soubrette Madame Gaby studiert hat, ein um so größerer Gewinn an der hausboden deutschen Jugend gewinnen wird. Durch die enge Verbindung mit den deutschen Fürstentümern wird voraussichtlich nichts an seiner Außerdienststellung geändert, oder es mühte Oldenburg den Leutnant und die zehn Mann abkommandieren.

Vom Vertrauen der Wähler getragen.

Mit berechtigtem Stolz kann der österreichische Graf Stolberg-Stolberg als Vertreter des Großgrundbesitzes in den schlesischen Landtag, die „Volksvertretung“ für Oester-

reich-Schlesien, eingesehen. Seine Wahl, die durch den Tod des Grafen Sedwitski notwendig wurde, erfolgte einstimmig. Von dem Vertrauen der gesamten Wählerschaft getragen, fiel dem Grafen Stolberg das Mandat zu. Die Einstimmigkeit zu erzielen, war freilich nicht schwer, denn die Wähler waren der Erzherzog Friedrich als Herzog von Teichen, der Erzherzog Eugen und der Fürst Biechtenstein. Die drei erlauchten Wähler kommen zwar vielleicht das ganze Jahr nicht nach Schlesien, aber was macht das. Sie vertreten den Grundbesitz und das genügt, um ihr Wahlrecht zu begründen. Dafür haben rund 300 000 schlesische Arbeiter überhaupt kein Landtagswahlrecht. Das ist auch nicht nötig, denn die hohen Herren wissen schon, wo den Armen der Schuh drückt.

Vom Geist der deutschen Universitäten.

Wir lesen in der „Chemnitzer Volksstimme“ die folgende Gegenüberstellung:

1848: Im „Bonner Wochenblatt“ Nr. 82 vom 23. März 1848 findet sich folgendes Inserat:

„Deute um 10 Uhr vormittag findet in der Ränsterstraße ein hochfeierliches Traueramt für unsere zu Berlin im Freiheitskampf gefallenen Brüder statt, wozu sämtliche mitfähigen Stadt- und akademischen Bürger als Leidtragende ganz ergebenst eingeladen werden.“

(Während des Gottesdienstes werden freiwillige Gaben zum Vorteil der Hinterbliebenen gesammelt.)

Und 1913:

Das Amtsblatt für soziale Arbeit der Berliner freien Studentenschaft hat von der hochbegabten Künstlerin Käthe Kollwitz eine Propagandafarbe herstellen lassen, die eine Arbeitergestalt zeigt. Diese Karte wurde auch am schwarzen Brett der Berliner Universität ausgehängt. Prompt erfolgte von der Universitätsbehörde der Befehl, die Karte zu entfernen — natürlich ohne Angabe von Gründen.

Kleine Notizen.

Töblicher Grubenunfall. Auf der Zeche Korolinsglück bei Bochum wurde der Bergmann Kambach aus Battenfeld, der im Stumpf mit Aufbaumarbeiten beschäftigt war, von dem niedergehenden Förderkorb vollständig zerquetscht. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Der Autobanditen Ende. Die Autobanditen Monier, Soudy und Gallatin wurden Montag früh 4 Uhr 30 Min. in Paris auf dem Boulevard Arago vor dem Gefängnis de la Santé hingerichtet. Von der Polizei waren große Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Irgendwelche Aufgehörungen sind nicht vorgekommen.

Abzug eines französischen Militärdoppeldeckers. Wie aus Trohes gemeldet wird, klappte ein mit zwei Unteroffizieren besetzter Militärdoppeldecker oberhalb des Lagers von Mailly um und stürzte ab. Die beiden Flieger erlitten schwere Verletzungen.

Schwerer Brandunglück. Bei einem in der Nacht ausgebrochenen Brande in Fischbach bei Hirschberg i. Schl. ist der Stellenbesitzer Friede, sein siebenjähriges Kind und die Witwe Krieger umgekommen.

Opfer des Flugvorfalls. Wie aus Villacoublay (Frankreich) gemeldet wird, ist am Montag der Offiziersflieger Deblamont aus einer Höhe von hundert Metern tödlich abgestürzt.

Abturg in den Alpen. An der Zugeligen Wand bei Tauer stürzte der Tourist Martin Rigger aus Innsbruck beim Suchen nach Alpenblumen vor den Augen seiner Kinder ab. Der Abgestürzte war sofort tot.

Frauen-Leseabende.

Tempelhof. Mittwoch, den 23. d. M., 8^{1/2} Uhr, im Wilhelmshof, Berliner Str. 9, Vortrag über: „Die Frauen und die Landtagswahl.“

Waldmannslust. Mittwoch, den 24. April, 8 Uhr, im Schweizerhaus. Genossin Ottilie Baader über: „Militarismus und die Frauen.“

Tempelhof. Die gut versorgten Handelsangestellten lauten das Thema, über das Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Duard in einer heute Dienstag, abends 8^{1/2} Uhr, im Restaurant Stuhlmann, Dorstraße 50, stattfindenden öffentlichen Versammlung referieren wird. Wir bitten unsere Genossen, die zahlreich am Orte wohnenden oder beschäftigten Handlungsgehilfen und Gehilfen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch, 23. April, abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung im „Kofenhäuser Hof“, Kofenhäuser Straße 11/12.

Marktpreise von Berlin am 19. April 1913, nach Ermittelungen des königl. Volkswirtschaftsamt. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,38 bis 20,50, mittel 20,14-20,26, geringe 19,90-20,02. Roggen, gute Sorte 16,28-16,20, mittel 16,24-16,26, geringe 16,20-16,22 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,20-16,50, mittel 15,60-16,10, geringe 15,00-15,50. Eier, gute Sorte 17,60-18,50, mittel 16,50-17,50 (frei Bogen und ab Bahn). Weiz (mitgez), gute Sorte 15,00-15,20. Weiz (runder), gute Sorte 15,40-15,60. Rühlflocken 4,60-5,00. Den 6,00-7,00.

Marktpreise von Berlin am 19. April 1913, nach Ermittelungen des königl. Volkswirtschaftsamt. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,38 bis 20,50, mittel 20,14-20,26, geringe 19,90-20,02. Roggen, gute Sorte 16,28-16,20, mittel 16,24-16,26, geringe 16,20-16,22 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,20-16,50, mittel 15,60-16,10, geringe 15,00-15,50. Eier, gute Sorte 17,60-18,50, mittel 16,50-17,50 (frei Bogen und ab Bahn). Weiz (mitgez), gute Sorte 15,00-15,20. Weiz (runder), gute Sorte 15,40-15,60. Rühlflocken 4,60-5,00. Den 6,00-7,00.

Witterungsbericht vom 21. April 1913.

| Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter |
|-----------------|--------------------|--------------|------------|--------|------------|--------------------|--------------|------------|--------|
| Stinimende | 763,5 | 3/4 | bb | 7 | Naparranda | 758,5 | 3/4 | bb | 3 |
| Hamburg | 765,5 | 3/4 | bb | 7 | Veteraburg | 761,5 | 3/4 | bb | 11 |
| Berlin | 765,5 | 3/4 | bb | 7 | Stoll | 763,5 | 3/4 | bb | 9 |
| Frankfurt a. M. | 766,5 | 3/4 | bb | 7 | Usterden | 765,5 | 3/4 | bb | 8 |
| Reinickendorf | 766,5 | 3/4 | bb | 7 | Paris | 761,5 | 3/4 | bb | 10 |
| Wien | 765,5 | 3/4 | bb | 7 | | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 22. April 1913.

Zunächst ziemlich heiter, nachts kühl, am Tage mild bei mäßigen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am 20. 4. | | am 19. 4. | |
|-------------------|-----------|-----|-----------|-----|
| | cm | mm | cm | mm |
| Remer, Tüft | 422 | +59 | 342 | -1 |
| Regel, Antherburg | 119 | -10 | 129 | -7 |
| Wegler, Thorn | 148 | +12 | 136 | -2 |
| Dör, Rattibor | 354 | +48 | 306 | 0 |
| Kroffen | 106 | 0 | 106 | 0 |
| Frankfurt | 110 | -1 | 110 | +8 |
| Wald, Schirmitz | 64 | +10 | 54 | +22 |
| Rebe, Landberg | 42 | +2 | 40 | -10 |
| Rebe, Borsdamm | 30 | -13 | 43 | +20 |
| Eibe, Zeitmeritz | 13 | +3 | 10 | -1 |
| Dresden | — | — | — | — |
| Barby | 165 | -4 | 169 | +4 |
| Magdeburg | — | — | — | — |

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel. — *) höchster Wasserstand: 368 cm am 20. um 2 Uhr nachts.